

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Erlaubt der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 80 A.

Verbandskollegen! Die nächste Arbeitslozenzählung ist am 27. März. Niemand darf sich dieser Pflicht entziehen!

**An den Letzten,
auf den es nicht ankommt!**

(Zur Frühjahrsagitation).

Du schläfst noch, teilnahmsloser Gesell?
Wenn rings die Welt in Waffen steht,
Wenn neues hoffen, wenn frühlingsahnung
flüsternd durch alle Lande geht:
Du schläfst?

Wach auf und sieh in die kämpfende Welt
Und sieh der Arbeit stolze Wehr.
Das Volk der Arbeit sammelt sich,
Du müder Schläfer, wir rufen auch dich
Zu der Arbeit trotzigem Weltenheer:
Steh auf!

Steh auf! hinaus zum heiligen Kampf!
Sieh: nie sind der Kämpfer zuviel.
Wir kämpfen für Freiheit, für Brot und für Licht,
Und warst Du bis heute ein duldender Knecht,
So wag's und erkämpfe dein Menschenrecht;
Wenn das Elend erschlagen, wenn die Kette zerbricht,
Dann sind wir am heiligen Ziel.

August Ellinger.

Für und gegen die Verschmelzung.

In unsern Zweigvereinen beschäftigt man sich anscheinend recht wenig mit der wichtigen Frage der Verschmelzung der Zentralverbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter. Nur ganz selten bringt in den Versammlungsberichten eine Nachricht zu uns, daß man darüber gesprochen hat. Es ist nicht anzunehmen, daß die Frage unsere Kollegen nicht interessiert; denn daß unser Organisationsleben durch eine Verschmelzung außerordentlich tiefgreifende Veränderungen erfährt, ist so sicher und so klar, daß es jeder einsehen muß. Diesen gesagt, diese Stille gefällt uns gerade nicht, und sie wird uns nur dann verständlich, wenn wir annehmen, daß die Kollegenschaft so gut wie ausnahmslos auf dem Standpunkt steht, den unser zehnter Verbandstag in der Frage der Verschmelzung eingenommen hat, und daß sie es nicht für angemessen hält, im gegenwärtigen Stadium der Vorverhandlungen nachdrücklich ihren Willen kundzutun. Wir halten es nicht nur für wahrheitsgemäß, sondern für sicher, daß die überwiegende Mehrheit der Verbandsmitglieder in der Verschmelzung der so eng miteinander verbundenen und so sehr aufeinander angewiesenen Verbände einen hohen organisatorischen und agitatorischen Gewinn sieht, daß sie die Verschmelzung besonders auch in Anbetracht der technischen Entwicklung des Baugewerbes für notwendig und für die erfolgreiche Führung der Kämpfe für

vorteilhaft hält. Darin wissen wir uns mit der großen Mehrheit der Verbandsmitglieder eins.

Aber gerade weil wir auf diesem Standpunkt stehen, ist es unsere Pflicht, Stimmen und Strömungen zu beachten, die nach unserer Überzeugung der Verschmelzung entgegenzuwirken geeignet sind. Das gilt nämlich von verschiedenen Auslassungen im „Bauhilfsarbeiter“. Der „Bauhilfsarbeiter“ beschäftigt sich in Nr. 10 mit dem bevorstehenden Verbandstage (der am 12. April in Köln beginnt) und behandelt besonders das Unterstützungswesen ausführlich. Es wird dort dem Sinne nach gesagt: Der Verband der Bauhilfsarbeiter leidet, weil seine Mitglieder sehr oft den Beruf wechseln müssen, sehr stark unter der Fluktuation. Die vom Baugewerbe abgehenden Mitglieder treten meistens dem Verbande der Fabrikarbeiter bei, wo sie für niedrigere Beiträge außerordentlichen Unterstützungen, wie bei den Bauarbeitern; auch noch die Arbeitslosenunterstützung haben. Sobald sie erst einmal dort organisiert sind und Rechte erworben haben, sind sie selbst im Falle der Rückkehr zur Bauarbeit sehr schwer zum Uebertritt in den Bauarbeiterverband zu bewegen. Dagegen hilft uns nur die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. So ungefähr der Gedankengang des Artikels. Dann wird das Projekt einer Arbeitslosenunterstützung für den Verband der Bauhilfsarbeiter näher geprüft:

„Um die Zahl der Arbeitslosen feststellen zu können, ziehen wir die gezahlten Arbeitslosenmarken in Berechnung; deren sind im Jahre 1908 160 339 gezahlt worden. Diese Riffen zeigen nun keineswegs die ganze Arbeitslosigkeit. Ein Teil der Arbeitslosen Kollegen hat gar keine Arbeitslosenmarken gestellt, weil solche nur nach Meldung zur Kontrolle verabfolgt werden. Da nun andererseits aber auch eine Anzahl Karenzwochen für den Bezug einer Arbeitslosenunterstützung in Abzug kommen würden, dürfte man mit den 160 339 Wochen, für welche Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden müßte, ungefähr das Richtige treffen.“

Stellt man die Zahl der im vorigen Jahre gezahlten 160 339 Arbeitslosenmarken in Vergleich mit der Zahl der gezahlten 2 268 448 Wochenbeiträge, dann ergibt sich, daß 7 pSt. unserer circa 70 000 Mitglieder arbeitslos gewesen sind. Also 4900 Mitglieder hätten durchschnittlich den ganzen Jahr hindurch unterst. werden müssen. Wir wollen sogar noch 10 pSt. unserer Mitglieder als Arbeitslose hinzurechnen, so daß die Zahl der Arbeitslosen rund 6000 betragen haben würde. Wie hoch würde nun der Betrag gewesen sein müssen, um eine Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer von sechs Wochen zahlen zu können? Wir nehmen an, daß drei Klassen bestanden hätten: zu M. 5, M. 7 und M. 9 pro Woche, und der Durchschnitt der zu zahlenden Unterstützung der 6000 Arbeitslosen würde M. 7 betragen, dann würde eine Summe von 42 × 6000 = M. 252 000 im Jahre 1908 notwendig gewesen sein.“

Diese Behandlung einer so wichtigen Sache, wie sie die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist, halten wir für recht bedenklich. Auf eine weitere Untersuchung der Berechnung wollen wir uns jedoch nicht einlassen. Daß die ungesicherten Beiträge für Arbeitslose eine ganz unzuverlässige Grundlage für Berechnungen dieser Art sind und sein müssen, das weiß jeder, der die Verwaltungspraxis unserer Verbände kennt. Und darum, so meinen wir, unterlasse man besser solche Berechnungen; denn sie können keine andre Wirkung haben, als Hoffnungen zu wecken, die zurzeit nicht erfüllt werden können. In gewöhnlichen Zeiten hätten wir freilich wenig Veranlassung, uns mit den Unterstützungsprojekten anderer Verbände, auch mit denen des Bauhilfsarbeiterverbandes, zu befassen, aber in Hinblick auf die angestrebte Verschmelzung können uns diese

Äußerungen nicht unberührt lassen. Wie eng beides — das Projekt der Arbeitslosenunterstützung und die Verschmelzung — zusammenhängt, beweisen folgende Sätze in dem angezogenen Artikel des „Bauhilfsarbeiter“:

„Wir wollen nun noch kurz auf eine Frage hinweisen, die mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung und der Verschmelzung — zusammenhängt, beweisen folgende Sätze in dem angezogenen Artikel des „Bauhilfsarbeiter“:

„Wir wollen nun noch kurz auf eine Frage hinweisen, die mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung und der Verschmelzung — zusammenhängt, beweisen folgende Sätze in dem angezogenen Artikel des „Bauhilfsarbeiter“:

Die Überzeugung haben wir schon heute, und zwar gestützt auf die Erfahrungen der letzten Jahre, daß ohne die Arbeitslosen- resp. Erwerbslosenunterstützung unsere Mitgliederzahl gerieben wird, ganz gleich, ob sie sich im Maurerverbände befindet oder für die Folge, wie bisher, auf eignen Füßen steht.“

Wenn der Ton die Musik macht, dann ist das eine sehr hübsche Melodie. Früher hat man in den Kreisen der Bauhilfsarbeiter in wärmeren, viel wärmeren Tönen von der Verschmelzung geredet, so daß es wirklich etwas eigentümlich berührt, wenn man sich jetzt damit begnügt, „noch kurz auf eine Frage hinzuweisen“.

Unsre Stellung zur Arbeitslosenunterstützung ist bekannt: Das Gerede von der Schwächung des Kampfscharakters unserer Organisation durch Unterstützungen hat uns nie etwas anhaben können; diese Verirrungen haben wir lange hinter uns. Wir halten den Kampfscharakter der Gewerkschaften nicht für irgend eine geheimnisvolle Eigenschaft, die auf irgendwelchen geheimnisvollen Ursachen beruht, sondern für etwas, was von einer unabhängigen Arbeiterorganisation überhaupt nicht zu trennen ist. Der Kampfscharakter ist für die Gewerkschaften ohne weiteres gegeben, er erwächst aus den Interessengegenständen zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und den besitzlosen Arbeitern. Etwas anderes ist es, wenn man von einer zu großen Belastung der Organisation mit Unterstützungspflichten eine Einbuße ihrer Kampffähigkeit oder klarer ausgedrückt: ihrer Kampfkraft befürchtet. Das läßt sich nicht nur denken, sondern auch in einzelnen Fällen beobachten. Und darum ist für uns die Einführung der Arbeitslosenunterstützung lediglich davon abhängig, ob wir vor ihr eine Belastung in dem Maße zu erwarten haben, daß sie unsere Kampfkraft in gefährlicher Weise verringert. Aus diesen Erwägungen sind wir bisher zu einer Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung gekommen. Und das war sehr leicht. Denn wenn wir auch über den Umfang

der dadurch erwachsenden Ausgaben nichts wissen, so wissen wir doch aber, daß uns Lohnbewegungen bevorstehen, die weit höhere Anforderungen an unsere Kampfkraft stellen, als bisher jemals gesehen ist. Das ist für uns Grund genug, allen Versuchen zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung einen starken Widerstand entgegenzusetzen. Dieser Auffassung entspricht die bisherige Haltung des Verbandes. Unser zehnter Verbandstag hat die Arbeitslosenzahlungen beschlossen, und zwar um durch sie die notwendigen Unterlagen zu gewinnen für eine annähernde Feststellung der durch eine Arbeitslosenunterstützung zu erwartenden Ausgaben. Es kann doch gar keine geteilten Meinungen darüber geben, daß zur Gewinnung der nötigen Unterlagen die Resultate mehrerer Jahre vorliegen müssen. Haben wir diese Resultate und können wir dadurch die finanzielle Belastung annähernd erkennen, so wird erneut zu prüfen sein, ob uns unsere Ausgaben auf dem Gebiete der Lohnbewegungen gestatten, die neuen Lasten auf uns zu nehmen. Noch eine andre Schwierigkeit haben wir bei der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung ins Auge zu fassen, nämlich die Kontrolle der Arbeitslosigkeit. Die ist bei uns wegen der großen Zahl kleiner Zweigvereine durchaus nicht leicht, und darum liegt die Gefahr nahe, daß mit einer solchen Unterstützung Mißbrauch getrieben werden kann, was schon der demokratisierenden Wirkung wegen verhindert werden muß.

Man wird zugeben müssen, daß dieser Standpunkt in jeder Hinsicht sachlich berechtigt ist und daß unser Verband ihn nicht aufgeben kann, unter keinen Umständen aufgeben kann, selbst wenn er dann auf die Verschmelzung mit dem Verbande der Bauhilfsarbeiter verzichten müßte. Was für uns gilt, gilt natürlich auch für die Bauhilfsarbeiter; auch sie können den Sprung ins Dunkle nicht wagen, und darauf ließe sich eine baldige Einführung der Arbeitslosenunterstützung, ja nur das Jenseitsstellen ihrer baldigen Einführung hinaus. Gewiß ist der Mitgliederverlust, den die Bauhilfsarbeiter so gut zu beklagen haben wie wir, sehr schmerzhaft, und es ist wahrscheinlich, daß er durch die Arbeitslosenunterstützung merklich eingeschränkt würde; aber wir haben uns doch zu fragen, was für die Organisation leichter zu vermeiden ist: ein zeitweiliger Rückgang in der Mitgliederzahl oder eine dauernde Lähmung unserer Kampfkraft. Wir glauben, daß wir die paar Tausend verlorenen Mitglieder bei nur leidlicher Bautätigkeit in diesem Jahre wieder gewinnen; würden wir uns aber mit der Last der Arbeitslosenunterstützung bepacken, so könnte, nein, so müßte das für den Verlauf der Lohnbewegungen sehr verhängnisvoll werden.

Der herangezogene Artikel im „Bauhilfsarbeiter“ enthält noch einen andern Gedanken, den wir mit wenigen Worten erledigen können. Es wird darin angedeutet, daß es vielleicht möglich wäre, im Falle der Verschmelzung die Arbeitslosenunterstützung für die zu bildende Reichsfektion der Bauhilfsarbeiter einzuführen. Bei der Durchführung dieses Gedankens hätten wir also in dem etwaigen künftigen Verbande Mitglieder, die im Falle der Arbeitslosigkeit unterstützt würden, und solche, die nichts erhielten. Wir wollen gar nicht erst prüfen, ob die Hoffnung des „Bauhilfsarbeiter“, daß sich die dem entgegenstehenden verwaltungsrechtlichen Schwierigkeiten wohl überwinden lassen, berechtigt ist oder nicht; denn wir müssen diesen Gedanken prinzipiell ablehnen. Seine Verwirklichung müßte einen Keim der Zersetzung bilden; statt daß man die verschiedenen Gruppen der Bauarbeiter näher zusammenbrächte, hätte man sie auseinander, geschmolzen. Also das Experiment lehnen wir bestimmt ab.

Die Meinung, ohne Einführung der Arbeitslosenunterstützung keine Verschmelzung, kehrt in mehreren Artikeln des „Bauhilfsarbeiter“ wieder, die Kollegen aus den verschiedenen Teilen des Landes zum Verfasser haben. Die Gründe sind immer dieselben und es läßt sich gegen ihre Berechtigung an und für sich gar nichts sagen. Ja, wenn es nur nach dem Willen ginge, wenn nur das Bedürfnis entscheidend wäre, wer wollte dann etwas gegen die Arbeitslosenunterstützung sagen! Wir denken, gezeigt zu haben, daß wir an die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorerst gar nicht denken dürfen, und darum halten wir die Diskussion darüber — mag sie sonst manch gute Nebenwirkungen haben — im Hinblick auf die angestrebte Verschmelzung für einen Fehler.

Um es kurz und bündig zu sagen: Glaubt die Zertretung der Bauhilfsarbeiterverbände wirklich, die Arbeitslosenunterstützung einführen zu müssen und zu können, dann müssen wir die Frage der Verschmelzung einstweilen verlassen, bis auch der Maurerverband so weit ist. Dafür, daß sie nicht endgültig verlassen wird, sorgt der treue Verbündete aller Einigungsfreunde, der Zement.

Ueber diese Seite der Verschmelzungsfrage hat sich nur einer der Artikel des „Bauhilfsarbeiter“ ausgelassen. Der Verfasser jenes Artikels, Noche-Hamburg, erkennt an, daß in der gewerbetchnischen Entwicklung ein starkes Moment liegt, das die beiden Organisationen zusammenreißt. Daneben glaubt er zu erkennen, daß uns diese Entwicklung auch die Arbeiter des Tiefbaues, besonders die Erdbarbeiter, näher bringt, weshalb er verlangt, daß die etwaige künftige Organisation auch die Erdbarbeiter im weitesten Sinne organisiert. Wir können uns Noches Ansicht nur teilweise zu eigen machen. Gewiß werden durch die Betonbauweise manche Erdbarbeiter zu baugewerblichen Arbeitern. Aber nicht in dem Umfange wie Noche meint. Für einige Zweige des Tiefbaues trifft es in manchen Fällen zu, daß die Arbeiter, die die Anschaffung besorgen, auch die Betonarbeiten verrichten, aber das sind nur geringe Bruchteile der Gesamtheit der Erdbarbeiter. Die große Masse davon, die bei Kanal- und Bahnbauten tätigen Erdbarbeiter, haben mit dem Betonbau und darum mit dem Baugewerbe nichts zu tun.

In einer ganz absonderlichen Art hat sich der Zweigverein Hamburg des Verbandes der Bauhilfsarbeiter mit der Organisationsfrage der Betonarbeiter abgefunden, indem er auf den Rat seines Vorsitzenden eine Resolution beschloß, worin nichts anderes ausgesprochen wird, als daß alle im Betonbau tätigen Arbeiter in den Bauhilfsarbeiterverband gehören. Bei all unserer freundschaftlichen Gesinnung müssen wir denn doch sagen, daß das etwas mehr ist, als wir uns gefallen lassen. Auf diese Weise wollen wir uns nicht „verschmelzen“. Wir sind weit davon entfernt, diese Resolution irgendwie tragisch zu nehmen, aber wir wollen doch der Sache wegen unsere Meinung sagen. Auch ohne Verschmelzung beanspruchen wir unser Recht auf den Betonbau. Und das beginnt mit der Verarbeitung des Materials. Die Hilfsarbeiter des Bauhilfsarbeiterverbandes, aber wo die Hilfsarbeiterstätigkeit aufhört, da beginnt das Recht unserer Organisation und endet das Recht des Bauhilfsarbeiterverbandes. — Der Verfasser der Resolution und ebenfalls Noche in seinem Artikel identifizieren Bauarbeiter und Bauhilfsarbeiter. Das ist natürlich verkehrt. Der Bauhilfsarbeiter ist freilich Bauarbeiter, aber er wird damit nicht zum Maurer, der ebenfalls Bauarbeiter ist. Nun wird die Grenze im Betonbau allerdings stark verwischt, der Uebergang vom Hilfsarbeiter zum „Zementierer“, wozu wir Einschaler und Stampfer rechnen, ist viel leichter als der Uebergang vom Maurer alten Schlages, den man sich ohne dreijährige Lehrzeit und einigen zünftlerischen Kränzen noch nicht gut vorstellen kann. Eine Menge Regeln und Handfertigkeiten, die ein Maurer kennen und haben muß, kommen für den Betonbau nicht in Frage, immerhin ist der Hilfsarbeiter auch hier nicht ohne weiteres identisch mit dem Zementierer; er müßte sich erst dazu emporarbeiten. Und wenn er das getan hat, dann ist er ein Bauarbeiter geworden, der dem Maurer wohl näher steht als dem Hilfsarbeiter. So ist auch organisatorisch die Sache bisher vielerorts schließlich friedlich erledigt worden. Sollte nun aus der Verschmelzung nichts werden, dann wird ja auch weiter versucht werden müssen, den „Zement“ richtig zu mischen und in die richtige Form zu bringen; aber das mag sich jeder gesagt sein lassen: die Maurer werden sich ihren richtigen Anteil an der Mischung vorbehalten.

Nicht ohne Grund nehmen wir schließlich in diesem Rahmen von der Entgegnung des „Zimmerer“ auf unsern Artikel in Nr. 11 Notiz. Wir hatten bekanntlich unter der Ueberschrift „Nochmals Technik und Organisation“ die Einwendungen des „Zimmerer“ gegen unsere Darlegungen und Schlussfolgerungen in Nr. 4 kritisch gewürdigt, und zwar mit der strengen Sachlichkeit, deren wir uns von Anfang an in der ganzen Frage beilehigt hatten — in Voraussehung gewisser Wirkungen. Darauf kann der „Zimmerer“ folgendes antworten:

„Der Betonbau und die Zimmerer. Der unter dieser Überschrift in Nr. 9 des „Zimmerer“ erschienene Artikel ist von dem „Grundstein“ zum Anlaß genommen, uns in sachlicher Weise anzuhören. Antworten wollen wir darauf nicht, sondern nur andeuten, warum wir ablehnen. Der „Grundstein“-Schreiber glaubt, ein Dopus in seiner Nummer 4 habe unsere Darlegungen veranlaßt. Das ist Einbildung. Der „Zimmerer“-Artikel lag vor, noch ehe Nr. 4 des „Grundstein“ erschienen ist, und der „Grundstein“ beabsichtigte damals nur Zementbau zu machen. Darauf reagieren wir nicht. Der Artikel in Nr. 11 des „Grundstein“ ist aber zu düsterhaft überbannig, um ihn einer Antwort zu würdigen. Wenn die traurigen Scheitlungen, die der Zementbau des „Grundstein“ beklagen will, auch andere erkennenlich werden, dann können wir vielleicht darauf zurück.“

So stark auch die Versuchung ist, uns gegen diese humoren, aber nicht aus Dummheit gebornen Angriffe zu wehren — wir unterlassen es, weil wir die in der

Arbeiterbewegung herrschende Gepflogenheit, den „Zimmerer“ ruhig tanzen lassen zu lassen, ohne darauf zu antworten, für das einzige Mittel halten, um schimmeres zu verhaften. Darum mag er spektakulär so viel und so arg er will. Uns lockt er nicht.

Politische Umschau.

Kritik des Militarismus im Reichstage. — Die Finanzreform. — Petition der Arbeitersekretariate. — Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses über den Bauarbeiterlohn. — Der Streik der Pariser Post- und Telegraphenbeamten. — Die Kriegsgefahr und die Stellungnahme der österreichischen Sozialdemokratie dazu.

Der Herr Kriegsminister im Geheiß! Das war das große Ereignis der verschlossenen parlamentarischen Woche. Es wurde im Reichstage in fünf Sitzungen der Militärkretel, beginnend mit dem Titel „Kriegsminister“, beraten. Bei diesem Titel handelt es sich um das betreffende Gehalt des Herrn, der die Aufgabe hat, unterstellt dem Kaiser als dem obersten Kriegsherrn, die Interessen der Armee wahrzunehmen. Dieser Titel gibt ganz selbstverständlich immer Anlaß zu einer Generaldebatte, die sich auf die Amtsführung des Ministers sowie auf die militärischen Einrichtungen, die Zustände und Verhältnisse im Heere und auf alle Vorgänge darin erstreckt, die der kritischen Behandlung wert erscheinen.

Herr v. Einem hatte scharfe Auseinandersetzungen zu bestehen und oft einen recht schweren Stand. Nur die nationalliberalen und die konservativen Redner machten es sich zur Aufgabe, ihn und die von ihm vertretene Sache so weitgehend wie möglich zu unterstützen und zu verteidigen. Vom Zentrum, den Freisinnigen und vor allem von den Sozialdemokraten erhielt er Kritik; Angriffe und Beschwerden der verschiedensten Art. Es wurde geflagt über den Mangel an Ärzten in der Armee, über den Mangel an Offizieren, den die Militärverwaltung immer noch der Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die berittenen Truppen bereitet; über den Verfall der Armee; über die sogenannte „Verjüngung der Armee“, die in der Weise betrieben wird, daß man Offiziere, die noch durchaus diensttauglich sind, entläßt, wodurch die Pensionskosten vermehrt werden; über die Unterfütterung, die das Kriegserlebniswesen von der Militärverwaltung erhält; über die schweren Mängel der Militärgerichtsbarkeit und deren Verfehlungen; über die Bevorzugung des Adels bei der Besetzung der Offiziersstellen usw.

In gründlichster und schärfster Weise gingen die sozialdemokratischen Redner, die Abgeordneten Stüdl und Noche, vor. Ihre Angriffe und Beschwerden richteten sich u. a. hauptsächlich auf die Schmach der Soldatenmishandlung, die kein Ende nehmen will und die darzulegen wird, so lange das ganze militärische System nicht eine gründliche Umwandlung erfährt; auf die Ehrengerichte der Offiziere, von denen Stüdl sagte, daß sie „alten Besessenen gleichen“; auf die Vernachlässigung der körperlichen Ausbildung der Jugend. Auch der Kriegsminister hatte erklärt, daß die Regierung dieser Ausbildung ein „großes Interesse entgegenbringe“. Das hindert aber die Herren vom Regiment nicht, den Arbeiterturnvereinen, die diesem Interesse tatsächlich dienen, die unerhörtesten Schwierigkeiten zu bereiten. Auch die drakonischen, dem Rechtsempfinden des Volkes widersprechenden Militärgerichtsurteile gegen gemeine Soldaten und die oft geradezu verblüffend milden Urteile gegen Vorgesetzte unterzogen die sozialdemokratischen Redner einer scharfen Kritik. Aus der Tatsache, daß nach der wie viele oft gehörten Erklärung maßgebender Stellen das stehende Heer auch zur Bekämpfung des sogenannten „inneren Feindes“, d. h. der Sozialdemokratie, der nach Recht und Freiheit und Wohlstand strebenden Arbeiterschaft dienen soll, folgerten sie zutreffend, daß die Sozialdemokratie für das Heer unmöglich auch nur einen Pfennig bewilligen könne. Ein wirklicher Volksherr müßte an seine Stelle treten.

Damit war für den Kriegsminister und für Redner der bürgerlichen Parteien der Anlaß gegeben, der Debatte eine „sensationelle“ Spitze zu geben. Man erlebte wieder einmal die früher schon so oft unternommenen Versuche, die Sozialdemokratie hingustellen als eine Partei, die darauf ausgeht, den jungen Leuten Abscheu vor dem Militärdienst „beizubringen“ (als ob das brutale Soldatenregiment nicht selbst besorgten!), die Soldaten zum „Bruch des Fahnenreißes“ und zur Auflehnung gegen Disziplin und Autorität zu verleiten. Dabei passierte es dem Kriegsminister, aus einem Rauschhysterie Artikel falsch zu zitieren und aus ihm das genaue Gegenteil von dem zu folgern, was darin steht. Als der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Frank mit einem Zwischenruf das als Zerknirschung bezeichnete, brüllte einer der Antifeministen: „Zuden raus!“ Der Präsident rügte das nicht; als aber Frank dann „Militärsejuit“ dazwischen rief, erhielt er prompt seinen Ordnungsruf. Nach der Behauptung des Herrn v. Einem hat er die Sozialdemokratie, trotz ungericht-

fertiger Angriffe gegen sie, nicht verunglückte Dr. Frank rechnete in zweifelhafter Obde gründlich mit ihm ab, u. a. darauf hinweisen, wie trübsal und gewissenlos oft schon Fürsten, auch Königsjüngern, den von ihnen feierlich geleisteten Versprechungen getreu und die Untertanen und Soldaten im Kriege von ihnen überwindenden Gottesgnadenhumskinder (A. B. 1880) zwangsweise des ihnen zwangsweise abgenommenen „Freiwilligen“ entbunden haben. Die Geschichte bietet zahllose Beispiele, daß sich Fürsten im Namen der Gewalt hinwegsetzen über die „göttlichen Gebote“ und dem Grundsatz huldigten, „der Zweck heiligt die Mittel.“

Aus dem Reichstage ist weiter zu melden, daß die Frage der Reichsfinanzreform noch kritischer geworden ist. Die Kommission hat nun auch die Interessen und die Gerechtigkeit der Steuerzahler glatt abgelehnt. Wie die Lösung erfolgen soll, darüber gerät man sich vergebens den Kopf. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat in Verbindung mit 123 Arbeitersekretariaten an den Reichstag eine Petition gerichtet; in das Gesetz, betreffend die Anwendung der Zivilprozessordnung (§ 157) eine Bestimmung aufnehmen, daß den Arbeitersekretären das mündliche Verfahren vor den Gerichten, für die Anwaltschaft nicht besteht, gestattet ist. Wir werden darauf zurückkommen.

Während sich im Reichstage die Debatte um den Militarismus drehte, beschäftigte sich das preussische Abgeordnetenhaus u. a. bei der zweiten Beratung des Baucodex mit dem „Strohdachgesetz“ und Johann mit dem Bauarbeitergesetz, worauf wir noch zurückkommen werden.

In außerordentlichem Maße wird seit acht Tagen das Interesse der ganzen politischen Welt in Anspruch genommen durch ein Ereignis, über das unsere Leser wohl alle durch die Tagespresse unterrichtet sind. In Paris kam es zu einem Streik der Telegraphen- und Bahnpostbeamten. Es handelt sich um schwere Differenzen, für die nach unserm Ermessen die Verwaltung und die Regierung verantwortlich zu machen sind — vor allem um den Erlaß gesetzlicher Bestimmungen zugunsten der Beamten. Die Wirkung des Streiks war zunächst eine sich natürlich auch auf das Ausland erstreckende höchst empfindliche Störung des Telegraphen- und Postbetriebs. Ja, man kann von einer nahezu völligen Unterbrechung dieses Betriebes sprechen. Die zum Gesetz herangezogenen Militärpersonen vermochten nur einen sehr geringen Teil der Depeschen und Briefe zu befördern. Paris erfährt, was es heißt, in dieser Weise fast völlig abgeschnitten zu sein von der Welt. Die Sympathie der gesamten Arbeitererschaft steht auf Seiten der Streikenden. Unterm 18. März wurde gemeldet, daß sich die Bewegung nach allen Richtungen Frankreichs ausbreitet und daß mit der Möglichkeit eines Generalausfalls im ganzen Lande zu rechnen sei. Die Situation läßt sich im Augenblick nicht klar übersehen. Wir werden genauere und zuverlässigere Nachrichten abwarten müssen, um Ursachen und Verlauf der Bewegung erschöpfend darzustellen und kritisch zu würdigen. Nach Pariser Meldungen empfing Ministerpräsident Clemenceau eine Abordnung der Deputierten von Paris unter Führung des Nationalisten Berry, der Clemenceau ersuchte, die Vorlage über die Schaffung eines „Conseil supérieur des Postes et Télégraphes“ jetzt zur Berücksichtigung der Postbeamten einzubringen. Dieser Rat soll aus Vertretern aller Stufen der Postbeamtenlaufbahn zusammengefaßt sein. Clemenceau erwiderte, kein Gesetz zugunsten der Postbeamten werde von der Regierung beantragt werden, solange die Streikenden nicht zur Arbeit zurückgekehrt seien.

Der Ministerpräsident dürfte besser getan haben, eine solche schroffe Haltung nicht einzunehmen. Auch die Kammer hat sich bereits am 19. März mit dem Streik beschäftigt.

Zu der Aufregung, die von Paris aus die politische Welt ergreift, kam noch eine viel größere, die durch eine Verschärfung der zwischen Österreich und Serbien bestehenden Kriegsgefahr herbeigeführt wurde. Tagtäglich konnte man den Ausdruck des Krieges, auf den ganz offenbar besonders Anspannung hinwirft, erwarten. Die Großmächte sind an der Arbeit, zu vermitteln. Alle Bestrebungen sie ihre „Friedensliebe“, d. h. allen bangt vor der Entzündung eines europäischen Krieges, der sich gar leicht aus dem Balkan-Spiel ergeben kann. Die österreichische Sozialdemokratie hat durch ihre parlamentarischen Vertreter von der Reichstribüne aus mit größter Entschiedenheit Stellung genommen für den Frieden und gegen die Kriegsgefahr. Im Namen der Fraktion und der Partei führte der Abgeordnete Dr. Renner aus:

„Wir protestieren gegen die Leichtsinnigkeit und oberflächliche Art, wie die bösartige und serbische Frage behandelt wurde. Durch Monate hat das Reich in der Gefahr eines Krieges geschwebt, der durch die abenteuerliche Politik des Herrn v. Aehrenthal heraufbeschworen wurde. Ich kann diese Verhandlungen nicht vorübergehen lassen, ohne dagegen Verwahrung einzulegen, daß die Söhne des österreichischen Proletariats und der österreichischen Bauernschaft infolge dieses Unverstandes des Barons Aehrenthal die schweren Opfer

einer halben Mobilisierung im Winter ertragen müssen. In den Pulvermagazinen auf dem Balkan mit dem Schwab der Reichstitel zu manipulieren, ist eine Fahrlässigkeit, die an Verbrechen grenzt. Noch mehr protestieren muß ich aber gegen den hochmütigen Großmachtstol, der gewisse Parteien dieses Hauses — sie sind zum Glück die Minderheit — gepakt hat und der in der Presse unablässig schreit und heult. Eine kriegerische Unternehmung, sei sie auch noch so kurz und gegen einen noch so schwachen Gegner geführt, bleibt immer ein Unglück. Diejenigen, die unsere verantwortlichen Regierungsorgane auf der Bahn der Sacknadel weiter zu treiben suchen, vergeßen ganz, daß alle kriegerischen Unternehmungen für die Masse des Volkes nichts anderes bedeuten als erneuten Hunger und erneutes Leid. Sicher ist, daß die Völker Österreichs den Frieden wollen und daß sie insbesondere einen Krieg mit Serbien nicht wollen, weil Österreich allen Grund habe, Serbien trotz dessen ungerechtfertigter Provokation Anreizen zu einer friedlichen Nachbarschaft zu machen.“

Möge es gelingen, das Verbrechen des Krieges und damit unermessliches Unheil zu verhindern!

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Masseregeln, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg (Sperrn über die Schornsteinbaufirma Dieckhoff);

Schleswig-Holstein:

Rendsburg (Sperrn über die Karlshütte und das Koks- und Eiswerk in Amdorf);

Mecklenburg:

Silze (Sperrn über Holdorf), Friedland (Sperrn über Kreienbrück);

Pommern:

Treptow a. d. Rega (Sperrn über Paul Wittke), Bergen a. R. (Sperrn über Rudolf Wahl in Binz);

Ost- und Westpreußen, Posen:

Königsberg (Differenzen), Zoppot (Sperrn über Witt);

Königgr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Ebert & Rödel, Brandverwerkstrasse), Mülsen (Sperrn über E. Meier in Ortmannsdorf und F. Döhn in Mülsen-St. Niklaus), Frankenberg (Sperrn über Winkler), Bad Elster (Sperrn über den Hotelneubau „Wettiner Hof“);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Merseburg (Sperrn über den Schulneubau in Schafstädt b. Lauchstädt), Weissenseels (Sperrn über die Unternehmer Menzel und Schiedt), Halle (Sperrn über Ifland in Passendorf), Alken (Sperrn über Karl Karthäuser);

Schlesien:

Penzig (Sperrn über den Neubau in der Putzlerschen Glashütte);

Thüringen:

Allstedt (Aussperrung), Ronneburg (Sperrn über Kretschmar), Arnstadt (Sperrn über O. Gressaler);

Hessen:

Witzenhausen (Sperrn über die Firma Joseph & Welch in Trudenhäusen);

Hannover-Oldenburg:

Hannover (Sperrn über die Firma Berger & Comp. aus Bromberg), Misburg (Sperrn über die Zementfabrik „Germania“), Osterholz-Ritterhude (Sperrn über Bauern, Unternehmern Stabenow in Gütersloh), Nordenham (Sperrn über die Bauten des Metallwerks);

Westfalen und Rheinland:

Oeynhausen (Sperrn über das Eisenwerk „Weserhütte“), Haspe (Sperrn über das Eisen- und Stahlwerk);

Elsass-Lothringen:

Strassburg (Sperrn über Schütterle).

Friesenleger:

Mühlheim/Ruhr (Sperrn über Möhlenbrück & Matheis), Cöln und Düsseldorf (Sperrn über die Arbeiten des Zwischenmeisters Karlbaum aus Bonn), Nürnberg (Sperrn über Ostertag & Herbst), München (Aussperrung).

Isolierer und Steinholzleger:

Leipzig (Sperrn über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 23), Cöln (Sperrn über die Korkelthwerke), Chemnitz (Sperrn über Ziegeler & Fritsche), Hamburg (Aussperrung), Dresden (Sperrn über die Firma Rudolf Michel).

Holland:

Veelp und Zülphe (Aussperrung; Differenzen im ganzen Lande).

Gau Vangig.

Wie uns vom Zweigverein Vangig geschrieben wird, hat es den Anschein, als ob die dortigen Unternehmer einen Lohnkampf heraufbeschwören wollen. Der im Jahre 1906 abgeschlossene Vertrag läuft mit dem 31. März d. J. ab. Die Unternehmer scheinen nun zu glauben, daß die augenblickliche Situation für sie so günstig ist, daß sie den Arbeitsvertrag rückwärts

revidieren können. So soll nach dem Vertragsentwurf der Unternehmer der Lohn für Bauarbeiter 36 1/2 betragen, bisher zahlten sie 39 1/2 für Träger und 36 1/2 für alle anderen Bauhilfsarbeiter. Dann wollen sie das Fahrgehalt und die Festlöhne am Sonnabend, sowie die Nacharbeit und auch teilweise die einstufige Nacharbeit bei Nacharbeit befestigen. Festlöhnen sollen nur die Stunden von 8 bis 10 Uhr abends sein. Für die Zeit von 5 bis 6 Uhr morgens und von 6 bis 8 Uhr abends sollen keine Zuschläge gezahlt werden, d. h. mit andern Worten, die Arbeitszeit wird von 10 auf 18 Stunden verlängert. Der Zuschlag für Nacharbeit, für Sonntags- und Feiertagsarbeit soll um 50 pSt. und darüber, der für Nacharbeit um 2 bis 4 1/2 die Stunde reduziert werden. Das Arbeitsverhältnis soll erst mit dem Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme beginnen, Sympathiestreiks sollen als Vertragsbruch angesehen werden. In der Bauhütte und auf den Arbeitsplätzen sollen keine Schriftstücke angebracht werden. Ueber die Dauer der Arbeitszeit und der Pausen während der kürzeren Tage wollen die Unternehmer allein bestimmen, hierbei soll das „Recht des Herrn im Hause“ wieder hergestellt werden. Aber nicht genug damit, daß wir diese Verschlechterungen, die einer Kürzung des Lohnes um 3 1/2 die Stunde gleich zu achten sind, in Kauf nehmen sollen, verlangen sie auch, daß wir den Vertrag ohne weiteres unterzeichnen sollen. In ihrem Schreiben vom 16. März erklären sie: „Zur Vollziehung des Vertrages haben wir einen Termin auf Dienstag, den 23. März angesetzt, in welchem wir ihren beabsichtigten Vertreter erwarten. Sollte wider Erwarten an diesem Tage der Vertrag nicht zustande kommen, so würden wir uns gezwungen sehen, in der sich anschließenden Mitgliederversammlung über die der augenblicklichen Konjunktur entsprechenden Normierung der Lohnsätze zu beschließen, welche vom 1. April d. J. an bis auf weiteres in Kraft zu treten haben.“ Diese Erklärung ist geeignet, unsere Unternehmer, die oft von lauter Arbeiterfeindschaft nur so triefen, ins rechte Licht zu rücken. Gegenüber diesem Auftreten kann es nur ein bestimmtes Meint geben. Wenn die Herren glauben, der Zeitpunkt sei für sie so äußerst günstig, dann haben sie offensichtlich die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen haben unsere Kollegen nicht einmal 1908 in Kauf zu nehmen brauchen und dies Jahr sollte es anders sein? Dies Auftreten unserer Unternehmer werden wir unserer Sammelmappe einverleiben, um es zu geeigneter Zeit entsprechend verwerten zu können. Da wir die Bewegung mit der christlichen Organisation gemeinsam führen, agieren unsere Unternehmer jetzt für die gelbe Organisation des Herrn Behn. Um unsere Kollegen die Sache schmackhaft zu machen, wurden am 19. März auf einzelnen Arbeitsplätzen gelbe Zeilungen verteilt. Die Leute schreiben die Berliner Methode nachzusehen zu wollen. Es ist gut, daß die Demasierung vor 12 Uhr erfolgt.

Von Königsberg wird berichtet, daß sich die dortigen Unternehmer weigern, die tariflich vereinbarte Lohnherabsetzung von 44 auf 46 1/2 zu zahlen, die am 1. April eintreten müßte, ebenso weigern sie sich die gleichfalls tariflich vereinbarte zehnstündige Arbeitszeit einzuführen. Es haben Verhandlungen stattgefunden, die aber nicht das Resultat hatten, die Unternehmer zur Vertragstreue zurückzuführen. Unsere Kollegen haben sich in einer Versammlung, damit beschäftigt und in einer Resolution gegen den Vertragsbruch der Unternehmer protestiert. Natürlich werden sie es bei dem Protest nicht bewenden lassen, sondern werden auch je nach Lage der Dinge stärkere Abwehrmaßnahmen ergreifen. Es ist deshalb der Zuzug nach Königsberg fernzuhalten!

Gau Frankfurt a. M.

Im Zweigverein Widenhausen, Lohnbegirt Großalmerode und Umgebung, glaubte die Firma Joseph & Weich den Zeitpunkt für günstig, den vor zwei Jahren vereinbarten Stundenlohn von 42 1/2 auf 40 1/2 herabzusetzen zu können. Die bei der Firma beschäftigten Kollegen haben dies Ansuchen zurückgewiesen und die Arbeit einmütig eingestellt. Zur Begründung ihrer Abnahme führten die Unternehmer den um 2 1/2 geringeren Lohn in der Kreisstadt Widenhausen an; sie meinten, es sei ungerecht, daß die Unternehmer einer Kreisstadt einen geringeren Lohn zahlen, als die Baumeister in den unmittelbaren Dörfern. Das klingt zwar ganz nett und schön, daß die Städte in der Lohnzahlung voranmarschieren; aber das schließt doch nicht aus, daß auch die Baumeister einen angemessenen Lohn zahlen. Die Firma hätte die Frage etwas anders stellen müssen, dann wäre sie zweifellos zu andern Schlussfolgerungen gekommen. Die Frage hätte lauten müssen, sind 40 oder 42 1/2 Stundenlohn in den jetzigen teuren Zeiten ausreichend für die Arbeiter, um damit ihre Familien ernähren zu können? Diese Frage muß glatt verneint werden von allen denen, die nur ein wenig Erfahrung von den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen haben. Dies konnte auch die Firma Joseph & Weich wissen. Aber der Firma kommt es wie allen Unternehmern auf den Profit an, die soziale Lage ihrer Arbeiter ist ihr gleichgültig. Einige recht plausible Gründe weiß die Firma noch anzuführen, um ihr Handeln zu rechtfertigen. Unter andern sollen ihr für 1909 2000 geschuldet und außerdem soll ihr ein Pferd freier sein. Welches kann wahr sein, und ist auch gewiß recht schwerlich, aber eine Berechnung zur Lohnkürzung ist davon immer noch nicht zu erkennen. Was können die Kollegen dazu? Es wird zweifellos von den Kollegen dieselbe Arbeit wie bisher verlangt. Wer deshalb in so schlimmen Zeiten Lohnkürzungen vornimmt, muß sich den Vorwurf unsozialer Handlung gefallen lassen. Ein Versuch des Gewerkschafts in der Sache zu vermitteln, ist schiefgegangen; die Unternehmer lehnten es ab, die 42 1/2 weiterzugeben. Die Kollegen sind einig, bleiben sie alle fest, so besteht über den Ausgang der Bewegung kein Zweifel.

Gau Götting.

In Bungen hatten die Unternehmer im Januar dieses Jahres eine sogenannte Arbeitsordnung herausgegeben, die neben andern Verträgen gegen das Vertragsmuster aus dem Lohnherabsetzung von 2 1/2 pro Stunde vorsah. Den Unternehmern wurde von der Zweigvereinsleitung schriftlich mitgeteilt, daß diese Art Arbeitsordnung niemals ohne Anerkennung finden würde. Die Unternehmer reagierten auf diese Mitteilung nicht; sie versuchten im Gegenteil, die Arbeitsordnung durchzuführen. Am 18. Januar kam es bei einigen Unternehmern zur ersten Pausenpause, der nach und nach drei weitere folgten; und so wurde es in der Folge bei jeder angefangenen Arbeit gehalten worden. Doch die Unternehmer bekamen sich rechtzeitig und sagten sich, daß es so mit den fortwährenden Bau-

iperrert nicht weitergehen könne; sie zogen die Lohnreduzierung zurück, so daß der bisherige Lohn von 42 A weitergepagelt wird und auch die ganze Arbeitsordnung auf sich beruhen bleibt. Mag sie ruhen, wir ginnen es ihr!

In Penzig, Zweigverein Gütlich, führt der Unternehmer Hirsch auf der hiesigen Glasfabrik einen Neubau aus. Bei dieser Arbeit hat er den Lohn der dort beschäftigten Kollegen um 8 A gekürzt. Er wie der Bauherr Sied wollten die Kollegen damit herabziehen, daß sie sagten, die Arbeit eile durchaus nicht und sie ließen eigentlich nur aus Mitleid mit den Mauern arbeiten. Der frühere Lohn betrug 38 A, jetzt werden 35 A gezahlt. Bei diesem Lohn ist es erklärlich, warum sich die Arbeiter nicht beruhigen. Sie hielten eine Vermählung ab und beauftragten eine Kommission damit, wegen der Zurücknahme des Lohnabzuges bei Hirsch vorstellig zu werden. Die genannte Kommission, die aus drei Penziger Kollegen und den Kollegen Knappe und Höder bestand, nahm am 18. März zuerst mit Herrn Hirsch Rücksprache. Nachdem er das Wohlwollen und Mitleid des Bauherrn hervorgerufen hatte, wußte dieser den Bau im Winter ausführen ließ, begründete er die Herabsetzung mit der geringeren Arbeitsleistung im Winter gegen den Sommer. Als Kollege Höder diese geringere Leistung bezeugte, war es mit der Ruhe des Herrn Hirsch vorbei. Der Lohn seiner Stimme liegt zu einer nie geahnten Höhe und Ausdrücke wie „dumme Redensarten“, „der ganze Bau könne liegen bleiben“, „Lohnherabsetzung gäbe es jetzt nicht“, wurden mit großer Geschwindigkeit vorgetragen und fort war der Baumeister. Die weitere Verhandlung wurde in ruhigem Ton mit Herrn Fabrikbesitzer Fuß geführt. Doch auch er erklärte, bei diesem Bau nicht mehr geben zu wollen. Nachdem er noch seine Wohlthaten, und das „Durchführen“ der Kollegen im Winter hervorgerufen hatte, gab er der Kommission den Rat, ja vorstellig zu sein, er brauche den Bau nicht, er könne ruhig liegen bleiben; wenn der Lohn und die in Aussicht gestellte Prämie nicht halte, könne ruhig gehen. Dies Ergebnis teilte die Kommission den Kollegen in der Frühstückspause mit und die Folge war, daß von 64 beschäftigten Kollegen 63 die Arbeit niederlegten. Von der Teilung in zwei Haufen, einer geht, der andere bleibt, die Herr Sied erwartet hatte, war nichts zu spüren. Aus dem Leben, welches aber nach der Arbeitsniederlegung bei den beteiligten Personen Platz griff, war zu sehen, daß ihnen die Einmütigkeit der Kollegen überaus und eine Stillelegung des Baues doch nicht so gleichgültig war. Jetzt wird uns noch mitgeteilt, daß geplant ist, die in der Glasfabrik beschäftigten Frauen unter Kollegen zu entlassen. Wir enthalten uns vorläufig einer Kritik dieser Handlungsweise. Das können wir aber versichern, daß keine Maßnahme imstande sein wird, den Geist und die Einmütigkeit der Kollegen abzuschwächen.

Gau Hamburg.

Aus Schleswig wird berichtet, daß sich der dortige Unternehmerverein mit Ausperrungsgeboten trägt, weil die Maurer eine Lohnherabsetzung fordern. Alle Kollegen werden gebeten, dies beachten zu wollen.

Gau Hannover.

In Braunschweig haben die Unternehmer für den 22. März die Ausperrung aller im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter angekündigt. Dem Konflikt liegt die Forderung der Zimmerer zugrunde, bei den Arbeiten für die bevorstehende landwirtschaftliche Ausstellung ebenso bezahlt zu werden, wie die Zimmerer der auswärtigen Firmen, die für die Ausstellung arbeiten. Es handelte sich vorerst nur um vier Zimmerer und um eine Mehrausgabe an Lohn von 25 A. Der Arbeitgeberverband in Braunschweig stellte sich dagegen und bereitete es dadurch, daß sich die Zimmerer mit dem betreffenden Zimmermeister einigten. Es kam zur Verhängung der Sperre. Die Unternehmer verlangten deren Aufhebung bis zum 19. März und kündigt für den Fall, daß ihrem Verlangen nicht entsprochen würde, für den 22. März die Ausperrung aller im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter an. Ueber die weitere Entwicklung des Streikfalles ist uns nichts bekannt. Nach den Meldungen hiesiger Depeschendirektoren sollen die Zimmerer die Sperre aufgehoben haben. Wir können indes nicht sagen, ob die Meldung richtig ist und bitten darum, Braunschweig zu meiden.

Gau Leipzig.

Auf dem Neubau des Palais-Hotels „Wettiner Hof“ in Bad Elster (Zweigverein Plauen i. V.) legten am 16. März 35 Maurer wegen Lohnunterschieden die Arbeit nieder. Trotzdem die Verbandleitung sofort Verhandlungen anbahnte, konnte eine Einigung bisher nicht erzielt werden. Auf die Ursachen des Konfliktes kommen wir, wenn es nötig sein sollte, noch zurück. In Glauchau bestehen Differenzen mit dem Unternehmer Meißner, der statt 40 nur 38 A Stundenlohn zahlen will. Er erklärte, er könne nicht mehr zahlen, denn der Bauherr gebe nicht mehr. Den Maurern erklärte aber der Bauherr, daß der Unternehmer wegen seiner 40, 50 oder 60 A zahlen könne. Noch eine dritte „Auskunft“ wußte der Vorstehende des Unternehmervereins: Er könne nichts tun, denn Meißner habe es mit seinen Leuten so vereinbart. Das wird aber von den Kollegen durchaus bestritten. Eine solche Vereinbarung wäre auch unzulässig. Alle Kollegen werden ersucht, dem Unternehmer Meißner nicht läßig zu werden, bis sich die Sache geregelt hat.

Gau München.

In Mählfors A. J. kam es im verflochtenen Jahre zu einem Tarifabschluß, der jedoch von den Unternehmern nur mit Mißbilligung anerkannt wurde. Da der Tarif bisher von den Unternehmern nicht unterzeichnet war, ersuchte der Bauarbeiterverband von einigen Wochen den Vorstehenden des Arbeitgeberverbandes von Mählfors und Umgebung, den Vertrag nun endlich zu unterzeichnen. Darauf ist die Antwort erfolgt, daß es ausgeschlossen ist, daß der Arbeitgeberverband den Tarif anerkenne. Da nach dem Vertrage am 1. April eine Lohnherabsetzung eingetreten hat, haben wir damit zu rechnen, daß es infolge des unterzeichneten Vertragsbruchs zum offenen Kampfe kommen wird. Die Kollegen allerorts werden deshalb dringend ersucht, Mählfors A. J. zu meiden und vor Bezug zu warnen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Verbandsstagsprotokoll. Nach dem Protokoll über den Verbandsstag in Hannover, Seite 315, hat Kollege Hein-Düßeldorf zur Festlegung der Wäleren geredet. Sein bestreitet

dies und wünscht eine Berichtigung. Die Kollegen Hirsch, Gierfeld, Kessel-Wagen, Thabor, Grefeld und Hainbächer-Remisch bekräftigen, daß kein nicht zu der Frage gesprochen habe. — Da wir das Protokoll nicht berichtigen können, bringen wir den Wunsch des Kollegen Hein hier zur Kenntnis der Mitglieder. Bemerkte sei, daß es sich nicht um einen Druckfehler handelt; in dem Stenogramm, wonach das Protokoll angefertigt ist, heißt der Redner der beauftragten Stelle: Hein-Düßeldorf.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszugeben ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Woche vom 16. bis 21. März für folgende Mitglieder erteilt:

M. Westphalen-Hamburg, Verb.-Nr. 26 086; Th. Hoff-Brandenburg, A. (Frau), 306 986; S. Stahl-Barmen, 135 161; M. Laubmann-Bittau, 382 764; S. Bernick-Miel (Frau), 33 663; F. Gebhardt-Bittau, 84 936; J. Braun-Barmen, 267 588; F. Plonus-Lititz, 336 362; S. Bornmann-Hannover, 363 901; Emil Wöhring-Weipzig (Frau), 88 597; Herrn. Schultgen-Semtenberg (Frau), 234 964; Karl Heinicke-Werder (Frau), 95 098; W. Walter-Mühlert i. B. (Frau), 242 712; Herrn. Krause-Berlin (Frau), 71 66; F. Bauer-Berlin, 86 54; Herrn. Naub, 11 979; Ernst Burkert-Breslau, 16 022; Karl Gühls-Breslau (Frau), 16 195; Karl Kreuter-Gießen, 20 129; Aug. Gehl-Breisau, 95 141; S. Hartjen-Bremen, 14 808; F. J. Wenzel-Berlin, 60 691; Herrn. Kamp-Meinhof a. d. E. 69 734; Sei. Ruffhammer-München, 240 764.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Alfred Schaller-Kommern (Karten-Nr. 10 656), Albert Kitzowski-Berlin (Verb.-Nr. 34 198), Franz Boratz-Stettin (45 561), S. Mahmann-Bergerdorf (70 945), Chr. Wölfer-Landau (103 399), S. S. Wölfer-Drumke (134 857), Ernst Bürger-Dresden (144 509), Paul Lampe-München (171 141), Joh. Klaus-Wannheim (198 887), Franz Gausel-Bochum (311 218), Hermann Groß-Salle (316 535), St. Wiedemann-Augsburg (323 675), Wilhelm Wiedemann-Altheim (376 655), Jul. Schent-Düsseldorf (392 996), Carl Lange-Liebenwerda (411 169), M. Krob-Dömitz (429 513), Joh. Wader-Bayreuth (522 688), Joh. Wigel-Bayreuth (127 671), Joh. Wader-Bayreuth (332 197).

Um Angabe seiner Adresse ersuchen wir den Kollegen Ludwig Schulz (Verb.-Nr. 479 683).

Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Abrechnung des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands.

für das vierte Quartal 1908.

Einnahme in den Zweigvereinen.

Vom dritten Quartal 1908 am Orte verbliebene	
Hauptkassengelder	3948,22
An Eintragsgeldern	2718,—
„ wöchentlichen Beiträgen	78059,05
„ Extra-Beiträgen	4448,70
„ Zufuß aus der Hauptkasse:	
a) Reichs- und Gemeindegeldern, Meise,	
„ Kranken- und Sterbunterstützung	4822,71
b) Streiks und Ausperrungen	700,—
„ sonstigen Einnahmen für die Hauptkasse	2081,60
Summa	M. 799078,28

Ausgabe in den Zweigvereinen.

An die Hauptkasse eingelaufene Beiträge usw.	M. 438421,66
Für Streiks und Ausperrungen	11890,20
„ Reiseunterstützung im Winter	11708,—
„ Reiseunterstützung an Streikende	116,50
„ Reichs- und Gemeindegeldern	13578,82
„ Gemeindegeldunterstützung	8282,12
„ Unterstützung in Krankheitsfällen	97821,65
„ Unterstützung in Sterbefällen	25090,—
Anteil der Zweigvereine an den Beiträgen und Eintragsgeldern	186488,76
Hauptkassengelder am Orte behalten	10888,82
Verluste in den Zweigvereinen	296,75
Summa	M. 799078,28

Einnahme in der Hauptkasse.

Kassenbestand am 30. September 1908	M. 14042,69
Von Einzelmitgliedern bei der Hauptkasse	277,80
An die Hauptkasse eingelaufene Beiträge usw.	438421,66
Von hiesigen Streikunterstützung zurückgefordert	263,51
Für Kalender und verschiedene Prospektoren	22995,85
Sonstige Einnahmen	10,38
Zinsen belegter Kapitalien	76088,41
Summa	M. 547100,80

Ausgabe in der Hauptkasse.

Für das Fachorgan „Der Grundstein“	M. 42524,37
„ Zeitungen in fremden Sprachen	3563,81
„ Agitation	43680,20
„ Streiks im eigenen Gewerbe	700,—
„ Streikkontrolle	498,80
„ Zufuß an Zweigvereine: Reichs- und Gemeindegeldern	4813,99
„ eine Bauvorschriftenkonferenz in Hamburg	1219,45
„ Teilnahme an den gewerkschaftlichen Unternehmungen	8015,55
„ Beitrag an die Generalkommission	8428,60

Für Beitrag an die Bauarbeiterkommission	M. 1740,87
„ Protokolle vom zehnten Verbandsstag in Hannover	8379,70
„ einen Kontograph mit Tisch	48,—
„ Vervollständigung der Verbandsbibliothek	16,95
„ sachliche Verwaltung:	
a) Statuten (Druck und Versand)	6288,90
b) Adressenverzeichnisse	762,—
c) Adresslisten	330,—
d) Mitgliedsbucherunterstützung	300,—
e) Berichtformulare	140,—
f) Reiseunterstützungskisten	72,—
g) Beitragsmarken	30,—
h) sonstige Druckfachen	687,50
i) verschiedene Buchbinderarbeiten	130,—
k) Stempel mit Aufschrift	7,15
l) Schreibmaterial	55,77
m) Bureauvermittlung, Heizung, Beleuchtung zc.	719,24
n) Heizungsbrennstoffe und Bringerlohn	43,77
o) Kassenverband	108,10
p) Materialverband	365,85
q) Briefporto und Gelderband	823,13
r) sonstige Ausgaben	8,72
„ persönliche Verwaltung:	
a) Beamtengehälter und Ausbühle	8058,—
b) Versicherung des Vorstandes und der Ausbühle	189,77
c) Revisionen	52,65
d) Mantelgelb an den Kassierer 1908	300,—
Der Bank belegt resp. überwiesen worden	303890,10
Zinsen belegter Kapitalien	75992,41
Summa	M. 522459,66

Bilanz.

Einnahme	M. 547100,80
Ausgabe	522459,66
Kassenbestand	M. 24640,84

Hamburg, den 21. März 1909.

J. Köster, Kassierer.

Vorstehender Rechnungsabluß ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kassenvermögen ist uns nachgewiesen resp. vorgelegt worden.

Die Revisoren:

S. Marks, W. Albrecht, W. H. Koch.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

Vorläufiges Ergebnis der Arbeitslorenzählung im Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Bähltag: Sonnabend, den 27. Februar 1909.

Landesteil	Zahl der Mitglieder	Zahl der Mitglieder, die in der Statistik mitgewirkt haben	Von den Befragten waren arbeitslos infolge	
			Arbeitsmangel	Unterstützung
Provinz Brandenburg	21151	20258	7549	7285
Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen	5970	5579	1173	3385
Provinz Pommern	4435	4262	1359	2052
Provinz Schlesien	8778	8296	2808	3590
Provinz Sachsen und Anhalt	15994	15317	6157	4140
Provinz Silesien-Raffan und Groß-Hesseln-Darmstadt	13282	11197	3892	3814
Provinz Westfalen u. Fürstent. Lippe	6890	6534	3382	1014
Rheinprovinz	6800	5770	2718	1285
Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Großherzogtum Oldenburg und Bremen	13978	13829	5383	2762
Provinz Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck	10630	10367	9709	2729
Königreich Bayern	10800	8971	8000	3735
Königreich Sachsen	20220	19611	7981	6751
Königreich Württemberg	2936	2608	560	916
Großherzogtum Baden, Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin u. Mecklenburg-Strelitz	7149	6672	2287	2069
Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin u. Mecklenburg-Strelitz	3510	3430	1202	1242
Thüringische Staaten	6169	6003	2347	1277
Summa	158692	147654	55437	48046

Das Bählresultat hat sich gegen den 30. Januar fast gar nicht verändert; nur infolgedessen ist ein erfreulicher Fortschritt zu bemerken, daß sich die Zahl der faulmüßigen Zweigvereine von 120 auf 25 vermindert hat. Diesen mag es wohl sehr be-
schwerlich fallen, ein richtiges Resultat zusammenzubringen und sie haben sich deshalb der Mühe gar nicht erst unterzogen. — Von den Befragten standen 37,5 pSt. in Arbeit (am 30. Januar 37,3 pSt.), während 62,45 pSt. feierten; erwerbslos wegen Arbeitsmangels waren 32,54 pSt. (30. Januar 31,81 pSt.), wegen Frohes 25,97 pSt. (28,44 pSt.) und erwerbsunfähig waren 3,94 pSt. (4,42 pSt.).

Die Witterung war wie im Januar so auch im Februar der Mauerer recht ungünstig — überall Frost und Schnee. Am Zähltag stand das Thermometer in den norddeutschen Küstengebietern auf 2 bis 4° unter Null, in Mitteldeutschland um etwa 2° tiefer und in Süddeutschland erreichte es stellenweise (München) bis 15°. In schneefreien Boden ist der Frost bis zu 1 m eingebrungen, so daß Ausschachtungsbearbeiten für Neubauten auch jetzt, nachdem Tauwetter eingetreten ist, nicht gleich begonnen werden können. Demnach dürfte die nächste Zählung am 27. März ein wesentlich anderes Bild als im Januar und Februar zeigen.

Gau Köln. (Konferenzbericht.) Am 7. März tagte in Düsseldorf die fünfte Konferenz des Gau Köln. Sie wurde um 10½ Uhr durch den Vorsitzenden, Kollegen Müth, eröffnet. Die Tagesordnung wurde so angenommen wie sie in der Nr. 5 des „Grundstein“ bekannt gemacht war. Die Leitung der Konferenz wurde dem bisherigen Gauvorstand übertragen. Nachdem eine dreigliedrige Mandatsprüfungskommission gewählt war, gab Kollege Müth den Bericht über die Tätigkeit des Gauvorstands seit der letzten Konferenz. Er wies zunächst auf die Konjunktur der letzten beiden Jahre hin und bemerkte, daß diese, wie ja allen bekannt sei, als sehr schlecht zu bezeichnen ist. Besonders treffe das für das verfloßene Jahr zu; denn mit einem derartigen Rückgang in der Bautätigkeit hätte man, namentlich im Westen Deutschlands, noch nicht zu rechnen gehabt. Er verglich sodann die Zahlen über die Errichtung von Gebäuden in den einzelnen Städten des Landes miteinander, und bemerkte, daß besonders die Errichtung von Wohngebäuden überall ganz gewaltig nachgelassen habe, so in Köln z. B. um weit über 50 pSt. Daß derartige Verhältnisse nicht ohne Einfluß auf die Organisation seien, ist erklärlich. Während seit dem Jahre 1901 eine fortwährende Vorkampfbewegung der Organisation im Gau festgehalten werden konnte, habe man im verfloßenen Jahre einen Rückgang konstatieren müssen. Dieser Rückgang sei aber lediglich auf die schlechte Konjunktur bezogen, auf die Wirtschaftstätigkeit zurückzuführen; denn in demselben Augenblick, wo wieder bessere Verhältnisse eintreten würden, würde sich auch die Organisation wieder entwickeln. Er kam dann auf die Verhältnisse in den einzelnen Gegenden des Gau, so besonders auf die im Siegerland und im Ahrtal, zu sprechen. In beiden Gegenden hätte die Organisation unter der Kassafrage zu leiden. Den Kollegen im Ahrtal sei noch vor ganz kurzer Zeit das Ahrtal wieder abgetrennt worden, so daß man dort erst wieder auf die Kassafrage gehen müsse. Auch im Siegerland erblide namentlich die Polizei eine staatsrechtliche Aufgabe darin, uns die Kasse abzutreiben. Es sei wohl nach Zurücktreten des Reichsvereinsgebiets die Organisation von solchen Schwierigkeiten untergeordneter Organe der Behörde etwas befreit worden, indem die Gewerkschafts-Verordnungen nicht mehr der polizeilichen Anmeldung bedürften, aber in diesen Gegenden herrsche noch die alte Praxis, was dort der Behörde nicht möglich ist, vollständig andere Gründe der Arbeiter jeglicher Couleur. Ein solches Gebot immer wieder öffentlich zu brandmarken, müsse die Pflicht eines jeden aufgeklärten Arbeiters sein. Redner freilich, wenn die im vergangenen Winter vom Gauvorstand in den drei größten Zweigvereinen eingerichteten Vorkampfbewegungen und bemerke, daß dies nur dann einen dauernden Vorteil für die Organisation bringen könnte, wenn das Gehörte unter die Massen verbreitet würde. Notwendig sei ferner aber auch, daß die Kollegen, falls es eine dauernde Einrichtung bleiben solle, diesem durch noch zahlreicheren Besuch mehr Interesse entgegenbringen. Bezüglich der vorjährigen Wohnbewegung glaube er wohl keine Ausführungen machen zu müssen, da diese noch auf dem letzten Verbandstag in weitestgehendem Maße besprochen sei und die Kollegen auch sonst genügend davon unterrichtet seien. Was das kommende Jahr bringen werde, darüber könne noch nichts Bestimmtes gesagt werden. Wohl seien Anzeichen vorhanden, daß der Baumarkt etwas erleichtert würde; ob hierdurch aber die Wunden, die uns die Kasse gefressen habe, wieder geheilt würden, sei fraglich. Nichtsdestoweniger müsse aber nach wie vor dafür gesorgt werden, daß der Organisation ihre bewährte Stoffkraft nicht nur allein erhalten bleibe, sondern noch bedeutend verstärkt werde. Dieses könnte nur geschehen, wenn mehr Einigkeit unter den Kollegen geschaffen und der Individualismus beseitigt werde. Nur dadurch würden wir imstande sein, die uns bedrängenden Fragen glücklich für die Organisation zu lösen.

Anschließend an den Bericht des Vorsitzenden, gab der Kassierer, Kollege Sturm, den Kassenbericht. Das Zahlenmaterial ist in der Nr. 10 des „Grundstein“ enthalten. Sturm bemerkte noch, daß die Gaubeträge in der Berichtszeit pünktlicher eingelaufen seien, aber trotzdem sehr eich gezwungen, auch heute noch über Unpünktlichkeit zu klagen, und er ersuche dringend, in der Folgezeit dafür zu sorgen, daß solche Klagen auf der nächsten Konferenz nicht wiederholt werden brauchen; denn Pünktlichkeit müsse die vornehmste Aufgabe auch in der Organisation sein. Der Kollege Linde als Revisor stellte zunächst fest, daß die Kasse geprüft und alles in bester Ordnung vorgefunden ist, weshalb er beantrage, dem Kassierer Entlastung zu erteilen.

In der sich an die Berichte anschließenden Diskussion wurde hervorgehoben, daß sich der Gauvorstand mehr als bisher um die Orte kümmern müsse, wo keine festgestellte Kollegen wären; dies hätte man während der Berichtszeit bemerkt. Dieser sei es vorgekommen, daß der Gauvorstand verlangt wurde und auch zugestimmt habe, aber trotzdem nicht erschienen sei. Dies müsse in Zukunft besser werden, wenn die Organisation keinen Schaden haben solle. Bezüglich der Unterstützung wurde gewünscht, daß sie eine dauernde Einrichtung bleiben müsse, da auf Klärung namentlich auch auf dem platten Lande notwendig sei. Weiter wurde noch gewünscht, in Zukunft mehr wissenschaftlich, namentlich naturwissenschaftliche Vorträge halten zu lassen. Auch sei es notwendig, daß die Kollegen mehr über die Wirtschaftsweise aufgeklärt würden, damit sie sich einen klaren Begriff über das gesamte Wirtschaftswesen bilden könnten. In seinem Schlusswort bemerkte Müth

wenn es vorgekommen sei, daß der Gauvorstand trotz seiner Aufgabe in Versammlungen gefehlt habe, so sei das darauf zurückzuführen, daß wichtigere Arbeiten ihrer Erledigung harren, und es sei auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen, daß solche Verhältnisse eintreten würden; jedenfalls würde der neu zu wählende Gauvorstand dies aber berücksichtigen und dafür Sorge tragen, daß allen Anforderungen Folge geleistet würde. Hierauf wurde dem Kassierer sowie den übrigen Mitgliedern des Gauvorstands einstimmig Entlastung erteilt.

Auf Vorschlag des Kollegen Bömelburg wurden der zweite und dritte Punkt der Tagesordnung, Wohnbewegung und Streiks, Agitation, zusammengelegt. Es erhielt dann zur Agitation das Wort Kollege Kreibohm. Einleitend wies er darauf hin, daß im Mittelpunkt der Arbeiterbewegung die Agitation, die Propagierung unserer Ideen stünde. Sollten diese gefunden Ideen aber Verwirklichung finden, so sei es notwendig, daß die große Masse des arbeitenden Volkes zu selbstständigen Denken erzogen würde. In den Schulen geschähe das nicht. Dort würden die Kinder so erzogen, daß sie treue Stützen des Klassenstaates werden. — Die bösen Folgen dieser kurzpatriotischen Erziehung zu beseitigen, sei eine der vornehmsten Aufgaben der modernen Arbeiterorganisationen. Es müsse heute bereits ausgedacht werden, daß die organisierte Arbeiterschaft auch auf dem Gebiete der Volksbildung bahnbrechend gewirkt habe, aber die Aufklärung der Massen habe mit dem Wachstum der Arbeiterorganisationen keinen gleichen Schritt gehalten. Es sei daher notwendig, auf Mittel und Wege zu finden, wodurch es möglich sei, der Masse mitzuteilen, daß die Welt niemand geböre, ihre Früchte aber allen. Mehr Wissen könne unter die Massen gebracht werden, wenn die Versammlungen, namentlich die Mitgliederversammlungen, mit lehrreichen Vorträgen ausgestattet würden. Die vielen Versammlungen täten es nicht, sondern der Stoff, der in den Versammlungen verarbeitet würde; der müsse aufklären wirken; nur dadurch sei es möglich, die Mitglieder zu schulen und den Individualismus zu beseitigen. Notwendig sei ferner, daß im Verbande eine Einrichtung auf zentraler Grundlage geschaffen würde, wodurch den in der Agitation tätigen Kollegen von Zeit zu Zeit aufklärendes Material übermittle würde. Zur Agitation im Gau sei es notwendig, daß von Zeit zu Zeit, mindestens aber zweimal im Jahre eine Konferenz des Gauvorstands mit in der Agitation tätigen Kollegen und den Zweigvereinsvorständen stattfände. Zum Schluß unterbreitete der Referent den Delegierten eine im Sinne des Vertrages abgefaßte Resolution folgenden Wortlaut:

„Durch die fortwährende Ausdehnung der Organisation und die eng damit verbundenen immer größeren Anforderungen in Bezug auf Aufklärung der Massen, hält es die 5. Konferenz des Gau Köln des Zentralverbandes der Mauerer Deutschlands für erforderlich, daß im gesamten Verbande, eventuell in den isolierten deutschen Bauarbeiterverbänden, eine Einrichtung auf zentraler Grundlage geschaffen wird, wodurch alle für die Arbeiterschaft wichtigen Begebenheiten aus dem gesamten Wirtschaftswesen zusammengefaßt werden. Das so gesammelte Material ist von Zeit zu Zeit an die in der Organisation tätigen Kollegen und Genossen zur mündlichen Weiterverbreitung zu veranlassen.“

Eine derartige Einrichtung ist um so notwendiger, als es nicht möglich ist, daß alles das, was sich im Wirtschaftsleben abspielt und der Arbeiterschaft zur Kenntnis gebracht werden muß, im „Grundstein“ geeignete Aufnahme finden kann, und somit der breiten Masse der Berufs-kollegen vorenthalten bleibt. Die Konferenz erwartet daher, daß der Verbandsvorstand bzw. der nächste Verbandstag dieser Frage näher tritt und eine solche Einrichtung beschließt.

Nur gegenseitigen Verständigung bei der Agitation im Gau hält es die 5. Gaukonferenz für notwendig, daß von Zeit zu Zeit, mindestens aber zweimal im Jahre, eine Konferenz des Gauvorstands mit dem im Gau tätigen Agitatoren und Zweigvereinsvorständen stattfindet, um sich über die einzuführende Agitation und sonstigen für die Organisation wichtigen Angelegenheiten schluß zu werden.

In der Nachmittags-Sitzung erstattete zunächst Karbach im Auftrage der Mandatsprüfungskommission Bericht. Anwesend waren 37 Delegierte mit Mandaten, ein Delegierter der Zählstelle der Mauerer Kölns war ohne Mandat erschienen. Ferner waren anwesend vom Gauvorstand Müth, Sturm, Müth und Kreibohm, letzterer als Referent, als Revisor Linde, als Vertreter des Hauptverbandes Bömelburg. Der Kollege Kessel-Wagen ist als Referent anwesend. Ferner nahmen an der Konferenz noch teil die Kollegen Weise als Vertreter des Gau Köln Dortmund und Ahrens als Vertreter der Bauhilfsarbeiter vom Gau Köln. Bezüglich des einen Delegierten vom Köln, der ohne Mandat erschienen war, bemerkte der Berichtsführer, daß die Zählstelle Köln der Auffassung gewesen sei, weil der Zweigvereinsvorstand der Section der Ruhr aus drei Delegierte angeordnet hätte, diese aber nicht ganz 300 Mitglieder zähle, hätte die Zählstelle der Mauerer Kölns bei nicht ganz 500 Mitgliedern statt zwei, drei Delegierte zu wählen. Ferner teilte er noch mit, daß von dem Kollegen Linde-Köln gegen einen Delegierten der Zählstelle der Mauerer Kölns, und zwar gegen den Kollegen Wundram, Protest eingelegt sei, und zwar deshalb, weil er nicht mit absoluter Stimmeneinheit gewählt sei. Es sei aber zu beurteilen, daß Linde nicht in der letzten Mitglieder-Versammlung in Köln seinen Protest eingebracht hätte. Im übrigen spreche die Mandatsprüfungskommission aus, daß beide Kollegen im Sinne des Statuts nicht als Delegierte gelten könnten, die Kommission beantrage aber, da beide Kollegen einmal anwesend seien und das Geld doch ausgemerzt sei, sie als Delegierte anzuerkennen. Linde bemerkte zu dem Protest, daß es ihm in der letzten Versammlung unmöglich gemacht worden sei, seinen Protest anzubringen. Bömelburg schloß sich der Mandatsprüfungskommission an. Kreibohm bemerkte dazu, soweit der Kölner Zweigvereinsvorstand an der Wahl der Delegierten interessiert sei, könne er feststellen, daß die Delegierten entsprechend der jeweiligen Mitgliederzahl auf die Zählstellen und Sectionen verteilt worden seien, und zwar

hätten die Mauerer sechs, die Ruhr zwei und die Pfälzer einen Delegierten erhalten. Ganz entschieden sei das Verhalten der Kölner Zählstelle zu beurteilen; derartige Sachen können sich die Gaukonferenz für die Zukunft nicht gefallen lassen. Dem Entzage der Mandatsprüfungskommission wurde zugestimmt, im übrigen sprach die Konferenz aus, daß sie sich derartige Dinge ganz entschieden verbiete.

Dann sprach Kollege Bömelburg über Wohnbewegung und Streiks. Er führte aus, daß für dieses Jahr, außer in einigen kleinen Ortschaften, im hiesigen Gau die Wohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt seien und daß dadurch mehr Zeit vorhanden sei, die Organisation für die Zukunft auszubauen. In längeren Ausführungen ging er sodann auf die allgemeine Lage und auf die zukünftige große Bewegung ein und bemerkt zum Schluß, wenn auch das verfloßene Jahr keinen Mitgliederzuwachs, sondern einen kleinen Rückgang an Mitgliedern gebracht hätte, so seien aber die Finanzen sehr gestärkt worden. Wenn jeder Kollege in der Zukunft seine Schuldigkeit tue, so könne die Organisation mit großer Hoffnung in die Zukunft blicken. Die Resolution Kreibohms erfuhr er annehmen. In der Diskussion über beide Beträge wurde allseitig anerkannt, daß in Zukunft viel kräftiger für den Verband gearbeitet werden müsse, daß neben der Hausagitation auch eine tüchtige Bautenagitation nötig sei. Ganz besonders scharf wurde über die Selbstverpflichtung der Arbeiterschaft diskutiert und bemerkt, daß man eventuellen Quertreibern nachdrücklich auf Leide geben müsse. Die Arbeiterschaft brauche heute die Einigkeit mehr denn je, und hiernach zu trachten, müsse die dringende Aufgabe eines jeden rechtschaffenen Kollegen sein. Eine noch weitere Zersplitterung der Arbeiterschaft sei ein Verbrechen an ihr. Die Resolution Kreibohms wurde einstimmig angenommen.

Hierauf folgte das Referat des Kollegen Kessel über: „Bauarbeiterchutz“. Er ging auf die Vorgesichte der Arbeiterschutzgesetzgebung ein, welche Ursachen zur Einführung der Arbeiterschutzgesetzgebung geführt hätten. Nicht Mitleid mit der Arbeiterschaft, sondern der Selbsthaltungstrieb des Staates hat hierzu geführt. In eingehender Weise behandelte Kessel dann den Bauarbeiterchutz. Die bisher erlassenen Vorschriften seien nur auf das immerwährende Drängen der organisierten Bauarbeiterschaft und auf die zunehmende Unfallhäufigkeit zurückzuführen. Aber auch in diesen erlassenen Vorschriften würden die Wünsche nach besserem Schutz für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter noch keineswegs befriedigt; denn die Unfallhäufigkeit habe nicht nachgelassen, sondern fortwährend zugenommen. Dies müsse für die gesamte Bauarbeiterschaft wieder ein Ansporn sein, mehr als bisher auf diesem Gebiete zu tun. Immer wieder müsse die alte Forderung erhoben werden, daß auch praktisch gebildete Leute aus den Reihen der Arbeiterschaft als Baukontrollanten angestellt werden. Ferner sei es notwendig, daß in Zukunft auch in den Tarifverträgen Bestimmungen über den Bauarbeiterchutz aufgenommen würden, damit eventuell Verträge vor das Forum der Schlichtungskommissionen bzw. Einigungsämter kommen könnten. Weiter sei darauf zu dringen, daß in allen Zweigvereinen des Gau Bauarbeiterchutzkommissionen eingesetzt würden, wodurch die Mitglieder an den Bauten festgehalten und der Defensivität unterbrochen werden könnten. Allgemein wurde auch von der Konferenz anerkannt, daß in der Folgezeit der Bauarbeiterchutz mehr beachtet werden solle.

Von den Anträgen wurde zunächst ein Antrag der Section Zementkieser von Düsseldorf angenommen, daß in Zukunft in den Tarifverträgen die Mauer- und Zementkieserlei einheitlich geregelt würden. Ein Antrag Solingen, für Solingen, Remscheid, Barmen und Gummersbach einen Lokalverband anzustellen, wozu die Hauptkasse eine Subvention leisten solle, wurde wegen Nichtzuständigkeit der Konferenz zurückgewiesen. Ein weiterer Antrag von Solingen, die Gaukonferenz möge an den nächsten Verbandstag die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beantragen, wurde aus den gleichen Gründen wie der erste Antrag zurückgewiesen. Ein Antrag des Kollegen Grampe-Düsseldorf, in Zukunft den Gaubestitz jedem Delegierten vor der Konferenz zuzustellen, wurde angenommen; es soll ein Abzug des Gaubestitzes, wie er im Jahrbuch erscheint, den Delegierten zugestellt werden. Ein weiterer Antrag des Kollegen Dantsch-Werfeld, der Agitationsmaterial in Form von Broschüren verlangt, wurde gleichfalls wegen Nichtzuständigkeit zurückgewiesen.

Ein Antrag des Zweigvereins Düsseldorf, in den in Zukunft abzuschließenden Tarifverträgen Bestimmungen über Bauarbeiterchutz aufzunehmen, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag vom Zweigverein Düsseldorf, der in seinem ersten Teil jedes Frühjahr die Bekanntgabe der tarifbrüchigen Unternehmer im Gau durch ein geeignetes Flugblatt verlangt, wurde dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Der zweite Teil des Antrages, der finanzielle Unterstützung in ausgedehnten Zweigvereinsgebieten zum Zwecke der Agitation vom Gau- und Hauptvorstand fordert, wurde wegen Unzuständigkeit abgewiesen. Der Vorschlag eines Kölner Delegierten, die Abfrage auf der Konferenz zu regeln, wurde in der Weise erledigt, daß man dies den einzelnen Zweigvereinen gäbe.

Die Wahl des Gauvorstands hatte folgendes Ergebnis: als Vorsitzender wurde Müth, als Kassierer Sturm, als Schriftführer Müth und als Revisor wurden Müth, Kohn und Kreibohm gewählt. Als Revisoren wurden Böhm, Seb. Rosenkranz und Karbach gewählt. Hiermit hatte die Konferenz ihr Ende erreicht. Müth schloß sie mit einem Gedicht um 8¼ Uhr abends.

Abschließendes. In der am 14. März abgehaltenen Versammlung wurde zunächst das Andenken der Kollegen Karl Martin und Joh. Stening durch Erheben von den Plätzen gelehrt. Da unser erster Vorsitzender durch die fortwährende Maßregelung gezwungen worden ist, den Ort zu verlassen, so hätten wir eigentlich einen neuen wählen müssen. Das konnte aber nicht geschehen, da sämtliche Kollegen, die vorgeschlagen wurden, das Amt ablehnten. Darauf hielt Kollege Lange-Magdeburg einen Vortrag über: „Die jetzige wirtschaftliche Lage.“ Er löste seine Aufgabe in kurzer, sachlicher und leichtverständlicher Weise. Darauf

nehmen mußte. Man erzählt sich so von 4.600 bis 700. Dann hat er verstanden, mitunter, daß einzelne Christliche und die Frau des früheren Vorstehers J. wegen Streit- vergehens mit mehreren Monaten Gefängnis bestraft wur- den. Er wollte gewiß den christlichen Genuß nicht we- tun. Wir wollen nicht schadenfroh sein, weil die herrschende Gesellschaft auch die Christlichen prüft, sobald sie den Geld- beutel bedrohen, obwohl die Christlichen in Danks in ihren Versammlungen den Kaiser hochleben lassen und sich aus- sonst stets staatsfeindlich gebärden. Erinnern wollen wir aber daran: Christliche waren es, die unsere Kollegen ins Ge- fängnis brachten!

Deutsch Krain. Das Krisenjahr 1908 hat beson- ders den hiesigen Kollegen große Enttäuschungen bereitet. Während in früheren Jahren in den Monaten Februar und März Tausende von Bauern aus dem südlichen Bö- hmen des Kreises Ratibor ausgingen, um im Norden Deutsch- lands Arbeit und Verdienst zu suchen, liefen im Frühjahr 1908 die Krise und ihre Begleiterin, die Arbeitslosigkeit, wie ein Alp auf allen Gemütern. Infolge dessen sind auch die meisten der Kollegen hier zurückgeblieben und zum Teil im öffentlichen Inhaftgebet, zum Teil im indu- striellen Teile Oberösterreichs in Arbeit getreten. Aber bald konnte man den gewaltigen Unterschied zwischen den hie- sigen Arbeitsverhältnissen und denen Norddeutschlands er- kennen. Während man dort mit Hilfe starker Organi- sationen bedeutend höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit für unsere Kollegen zu erzwingen suchte, bestanden hier dank dem Indifferenzismus der Massen Stundelöhne von 28-3 und darunter, und man muß zehn bis elf Stunden für einen Tagelohn von 1/3 Schilling. Daß man mit einem derartigen Verdienst kaum das Allernotwendigste, was zum Leben gehört, bestreiten kann, mußte bald jeder zurück- gebliebene Kollege einsehen, und so ist es denn auch zu ver- stehen, wenn man die vielen Klagen der Kollegen hört, die die Zeit nicht abwarten können, um dem gelobten Lande Oberösterreich den Rücken zu kehren. Dazu kommt noch der ungewöhnlich lange und strenge Winter in diesem Jahre. Solange man in Arbeit stand, da ging es noch einiger- maßen, aber als dann der Winter und mit ihm die Ar- beitslosigkeit kam, da mag so mancher unserer Kollegen Vergleiche angestellt haben zwischen früheren Jahren und jetzt. Und gerade dieser Winter mit seinen langen und einsamen Abenden sollte jedem denkenden Kollegen, der über seine Lage und über die Arbeitsverhältnisse seiner engern Heimat und deren Ursachen nachgedacht hat, gezeigt haben, daß uns nichts aus diesen elenden Verhältnissen helfen kann, als daß wir uns organisieren und dann mit Hilfe der Organisation auch hier gegen Ausbeutung und für ein besseres Lebensdasein kämpfen. Darum heraus aus den verschiedenen Klimabereichen, die noch hier überall bestehen, und denen noch die meisten der Kollegen ange- hören, die den Arbeiter in Unwissenheit erhalten wollen, damit er desto leichter der Ausbeutung und Unterdrückung verfallen ist! Aber wie viele, die schon längst den Wert der Organisation kennen gelernt haben, haben gerade die- ses Jahr ihre Pflicht nicht erfüllt! Wie viele sind den Fagnen unserer Organisation untreu geworden! Das zu beant- worten, ist nicht leicht, da gerade hier jegliche Kontrolle fehlt. Aber gewiß sind viele zu Betrübten an unserer Sache geworden. Und schon rufen sich wieder Tausende dieser Kollegen, um die Gesetze ihrer Heimat, in denen sie so bitter enttäuscht wurden, zu verlassen. So mancher von diesen, der während des Winters die erste beste Gelegen- heit gegen unsern Verband und dessen Einrichtungen den Mund voll genommen hat, wird, wenn er zwischen nord- deutschen Kollegen arbeitet, nicht genug zu erzählen wissen, was er in seiner Heimat für unsern Verband getan. Und wieder andere, die unser Organisation den Rücken gefehrt haben, überlegen jetzt, wo sie in die Fremde wollen, wie sie es anstellen, um unbemerkt und billig zu einem frischen Mitgliedsuche unser Verbandes zu gelangen. Deshalb, Kollegen allerorts, macht es diesen Ausstellungen nicht leicht und verbindet, daß sie sich in unsern Verband ein- schmelzen. Und auch Ihr, Kollegen des Kreises Ratibor, legt Euren Gleichmut und Eure Laune ab und helfe, daß wir geschlossen dem Unternehmertum, das uns hier solche Hungerlöhne zu bieten mag, die Stirn zeigen können, damit auch wir einmal dieses elende Dasein mit einem menschenwürdigeren vertauschen können.

Essen a. d. Ruhr. Die Sektion der Kruppischen Maurer hielt am 14. März eine gut besuchte Agitations- versammlung ab, in der der Bauleiter, Kollege Karl aus Dortmund, referierte. Er führte in seinem einfühnigen Vortrag den Kollegen die Wirkung der Krise in drastischer Weise vor Augen. Trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Depression habe das Kapital noch erhebliche Ueberschüsse erzielt. So war z. B. die internationale Holzgesellschaft in der Lage, nach allen vorteilhaften Abschreibungen 600 pSt. Dividende verteilen zu können. Auch das Unternehmertum im Baugewerbe habe es verstanden, sich schadlos zu halten. Mehrere Unternehmer traten aus diesem Grunde aus dem Arbeitgeberverband aus, um den Tarif zu umgehen und so die Maurer nach ihrem Wunsch ausbeuten zu können. Das allgemeine Bestreben der Unternehmer, nur nach Lei- stung zu bezahlen, konnten sie auf diese Art durchführen. Auch die Kruppische Verwaltung hielt es für angebracht, den Bauern auf dem Wert in Meinfällen ihre Macht fühlen zu lassen. Es fiel ihr dies nicht schwer, da nur ein geringer Bruchteil von ihnen organisiert ist. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen dringend, unermüdet und rege für die Organisation tätig zu sein, damit der Zentralverband der Maurer für die in Aussicht stehenden größeren Kämpfe mit dem Unternehmertum gerüstet ist. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion stimmten alle Redner dem Referenten zu. Unter anderem wurde auch noch auf das berüchtigte Wohlfahrtswesen der Firma Krupp hingewiesen. Die Firma hielt vielleicht auch darin eine Wohlthat, daß sie einem Teile der anfangenden Maurer 40 bis 60 pSt. Stundelohn zahlte, während der tarifliche Lohn 55 pSt. beträgt. Vielleicht waren 21 Millionen Ueber- schuß für das Geschäftsjahr 1908 noch nicht genug. Nach- dem noch einige gesellschaftliche Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Frankfurt a. d. O. Unsere Mitgliedsversammlung am 18. März beschäftigte sich mit dem Artikel des „Grund-

stein“. Zu früh und mußte leider konstatieren, daß diese sehr angebrachte Mahnung wenig beachtet wird. In Frank- furt beginnt man eben, die Bauarbeit wieder aufzunehmen, und schon strömen die Kollegen von außen herein und über- füllen die Arbeitsplätze. Die Folge ist, daß unsere hiesigen Kollegen das Nachsehen haben. Das ist für uns besonders unangenehm, weil wir noch gar nicht wissen, wie die Lohn- bewegung verläuft. Außerdem bewilligte die Versammlung der Jugendorganisation 1/30 und delegierte den Kollegen Wendel zur Konferenz.

Frankfurt a. M. (Jahresbericht.) Am 7. März fand im „Freien Turnerheim“, Große Gallusgasse 12, die Jahres-Generalversammlung unseres Zweigvereins statt, an der drei Bauvorstände, sechs Ausschußmitglieder, zwei Revisoren, 98 Delegierte aus 86 Zählstellen, die vier Sektionsvertreter der Fliesenleger, Kanalarbeiter, Rabitzer und Zementure und zwei Arbeitsortsbetreuer teilnahmen. Kollege R. Schneider gab an Sand des gerücht vorliegenden und den Delegierten vorher zugehenden Jahresberichts des Geschäfts- und Kollege Karl Schneider den Kasienbericht. Das Jahr 1908 war das Jahr der Krise. Trotz alledem können wir mit den Erfolgen auftritten sein. Die all- gemeine Lohnbewegung ist allen Kollegen bekannt. Daß nicht mehr herausgehoben war, geht aus der Bauseitigkeit und dem Hypothekengeld in Frankfurt a. M. hervor. Zur besseren Uebersicht lassen wir hier die Statistik über die Bauseitigkeit seit dem Jahre 1904 in den Hauptarbeits- orten des Zweigvereinsgebietes folgen. In nachbenannten Orten wurden durch die Zählung festgestellt:

Orte	Beschäftigte Personen				
	1904	1905	1906	1907	1908
Frankfurt a. M.	2428	2976	2513	2199	1109
Friedberg-Naumb.	71	167	164	178	145
Gröschel-Nied.	102	221	98	108	82
Janau	151	178	285	207	113
Höchst-Unterl.	147	806	180	334	164
Homburg v. d. G.	155	102	84	96	80
Offenbach	895	453	536	714	273
Summe	3449	4398	3880	3836	1986

Am größten war der Rückgang in Frankfurt und Offenbach. Einen richtigen Begriff von dem Rückgang des Baugeschäfts in Frankfurt a. M. bekommt der aufmerk- same Beobachter, wenn er den Bericht über das Im- mobilien- und Hypothekengeld im Jahre 1908 verfolgt. Besonders interessant ist der Rückblick auf die letzten zehn Jahre über den Verkauf von Häusern und Grundstücken. Es wurden verkauft:

Jahr	1908	1907	1906	1905	1904	1903	1902	1901	1900	1899	1898
Objekte im Werte von M.	69597142	94988733	149883339	153764663	118292768	107428913	83679701	77399829	77981276	106748794	90771214

Der Umsatz ist nach diesen Ziffern um rund 25 Millionen Mark gegen das Jahr 1907 und um 80 Millionen Mark gegen 1906 zurückgegangen. Bei den Um- fällen sind die Subaktionen mit inbegriffen, für die glatten Verkäufe bleibt schätzungsweise nur ein Betrag von 60 Millionen Mark übrig. Daß an dem Rückgang der Bautätigkeit nicht etwa Ueberproduktion an Wohnungen die Schuld trägt, läßt sich an Hand einer Statistik über die Wohnungsverhältnisse in Frankfurt a. M. nachweisen. Es sei hier nur auf einige Zahlen hingewiesen. Nach- liegen die Schlußzahlen für 1908 nicht vor, doch beweist die Statistik über die Bautätigkeit im Jahre 1908 zur Genüge, daß ein Rückgang in den zur Vermietung stehenden Woh- nungen eingetreten ist. Dient man Vergleiche zwischen den Jahren 1895 und 1907, so findet man, daß den 26 969 Mietern des Jahres 1907/08 sehr wenig Wohnungen zur Auswahl zur Verfügung standen. Bei einer Ein- wohnerzahl von 226 400 im Jahre 1895 standen 6008 Woh- nungen leer, während im Jahre 1907 bei 352 000 Ein- wohnern nur 3880 Wohnungen frei waren. Im Ganzen- lammbericht ist denn auch bestätigt, daß das Mietgeschäft vorzüglich sei und daß die verlangten Mietpreise schlanke bewilligt würden. Also kann es wohl eintreten, daß der Arbeiterlohn neben der ungenügenden Lebensmittel- verteurung, der starken Arbeitslosigkeit noch ein neuer Schlag verfehlt wird. Das ist die weitere Beurteilung der- zeit schon über alle Maßen hohen Wohnungsmieten. Und das zu einer Zeit, wo Tausende von Bauarbeitern zum Feiern verdammt sind und gern bereit wären, Wohnungen zu beziehen. Wahrscheinlich, eine herrliche Gesellschafts- ordnung! Und tragen etwa die Frankfurter Bauarbeiter- löhne die Schuld an den teuren Wohnungen? Nein, gewiß nicht! Denn, wie bekannt, wurde eine Erhöhung der Löhne im vorigen Jahre abgelehnt, obwohl von ganz einwandfreier Seite, den unparteiischen Schiedsrichtern, Gerichtsrat Dr. Brenner-Münch, Magistratsrat v. Schulz- Berlin und Beigeordneter Niehoff-Essen, ausdrücklich in dem bekannten Berliner Schiedspruch konstatiert wurde, daß im Verhältnis zu andern Städten in Frankfurt a. M. auffallend niedrige Löhne gezahlt wurden.

Unter der scharf einwirkenden Arbeitslosigkeit litt nicht nur der Versammlungsbesuch, sondern auch die Bauten- agitation. Die Kollegen waren ängstlich auf den Arbeits- stellen, teilweise nicht befreit von dem Gang below. Aus- gang der Lohnbewegung, weil sie glaubten, es hätte unter allen Umständen mehr erzielt werden müssen. Sie em- pfingen und betrachteten die Beauftragten der Organi- sation wie Fremde oder Gegner. Daraus erklärt es sich, daß die Kollegen auf den Arbeitsstellen nicht so behandelt wurden wie zu andern Zeiten. Die Mißkontrolle auf den Bauten konnte auch, da die nötige Unterstützung fehlte, nicht so ausgeführt werden, wie es im Interesse der Sache notwendig gewesen wäre. Diese Erscheinungen machten

eine lebhaft Agitationstätigkeit notwendig, die bis in nach- folgenden Jahren widerpiegelt. Nach den Zählstellen und Hauptarbeitsorten des Zweigvereins wurden 272 Agita- tionsreisen unternommen, ferner fanden 156 Versam- mlungen und 59 Besprechungen und Sitzungen statt. Der Zweigvereinsauschluß tagte gemeinsam mit dem Gau- vorstand zwölfmal. Von den seither üblichen Gesells- chaftsversammlungen (Zählstellenvertreter) wurden zwei ab- gehalten. Generalversammlungen nach dem neuen Schema tagten vier. Diese sehen sich zusammen aus den Ver- tretern der 120 Zählstellen nebst Filialen und vier Sek- tionen, den Vertrauenspersonen der großen Arbeitsorte, den Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses des Zweigvereins, den Revisoren und den Vertretern des Gau- vorstandes. Zusammen 144 Delegierte. Von diesen waren 51 so gewiss, an allen vier Generalversammlungen teilzunehmen. Durchschnittlich waren 112 Delegierte an- wesend. Von den einzelnen Zählstellen beteiligten sich 69 an vier Generalversammlungen, 23 an drei, 8 an zwei, 10 an einer und 10 an keiner.

Trotz der allgemein schlechten Konjunktur kam es doch in einigen Orten, die mit der allgemeinen Lohnbewegung nichts zu tun hatten, zu Lohnbewegungen, wobei ganz schöne Erfolge erzielt wurden. Von einiger Bedeutung war die Bewegung in den Spezialbranchen der Fliesen- leger, Zementure und Rabitzer. Die Tarife waren Ende 1907 abgelaufen. Der Verein baugewerblicher Spezial- geschäfte ersuchte uns schon anfangs Januar um die neuen Bedingungen zur Erneuerung. Die Zementure forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 68 auf 65 pSt. und Einführung der neunstündigen Arbeitszeit. Die Fliesen- leger verlangten eine Lohnsteigerung von 65 auf 70 pSt. pro Stunde, nebst Vereinbarung eines Affordariis. Die Rabitzer forderten ebenfalls eine Erhöhung des Stunden- lohnes von 65 auf 70 pSt. Rabitzer und Fliesenleger hatten bereits im früheren Vertrage die neunstündige Arbeitszeit. Die Verhandlungen für die drei Gruppen fanden getrennt statt, und zwar für die Fliesenleger am 21. Januar, für die Rabitzer am 18. Februar und für die Zementure am 21. Februar.

Eine Einigung konnte jedoch nicht erzielt werden, und nach mehrmaligen erfolglosen Unterhandlungen kam es am 1. Juni zur Arbeitseinstellung der Fliesenleger, der dann am 8. Juni die Aussperrung der Rabitzer und Zementure folgte. Durch Schiedspruch eines unpartei- schen Schiedsgerichts wurde der Lohn um 2 pSt. bzw. 3 pSt. pro Stunde erhöht und für Fliesenleger ein Affordariis vereinbart. In Offenbach wurde der Lohn von 88 auf 40 pSt. erhöht. In Kettsteden, wo der Lohn zwischen 42 und 52 pSt. schwankte, gelang es, mit fünf Unternehmern 62 pSt. tariflich zu vereinbaren. In Bruchengraben, Raurach und Offen- bach gelang es bei der Firma Rott & Kopp, den Fried- berger Lohn, 42 pSt., durchzusetzen. In Offenbach haben die Kollegen leider mit den Unternehmern paktiert; sie er- klärten uns, sie erhielten den geforderten Lohn, obwohl dies nicht der Fall war; deshalb war nichts zu erzielen. Bei der Zementfabrik Mautenberg & Cie. in Janau wurden 4 pSt. Lohnsteigerung durchgesetzt, jedoch war hierzu eine Arbeitseinstellung notwendig. Einige Sperren wegen Nichtzahlung der vertraglichen Löhne, so in Gr. Anheim, Wilbel, Raurach, bei den Zementarbeitern wurden glatt gewonnen. Bei der Firma Schmitt & Sohn kam es wegen Nichtzahlung eines Kollegen, der an den Unterhandlungen teilgenommen hatte, zu einer arbeitslosen Arbeit- einstellung, womit wir erreichten, daß der Kollege wieder eingestellt wurde. Die Rabitzfirma Klesper, die nicht zum Verband baugewerblicher Spezialgeschäfte gehört, war im November auch nur durch eine vierstündige Arbeitseinstellung an der Festhaltung zu bewegen, den Tarif anzuerkennen. Nur eine Sperre über die Firma Schäfer aus Spremberg in Neu-Sienburg wegen Nichtzahlung des Vertragelohnes ging verloren, da genügend Streikbrecher einsprangen. Die vorhandenen Schlichtungskommissionen in den größeren Arbeitsorten handeln streng nach den vertraglichen Bestim- mungen. Es sind daher viele Verstöße der Unternehmer gegen unsere Kollegen entbehrlich worden.

Der Rückgang der Mitgliedszahl beträgt 930, die Hauptschuld daran ist der Krise zuzurechnen. Wie die Krisen auf die Organisationen wirken, ist aus nachfolgen- der, im gedruckten Bericht enthaltenen Tabelle zu sehen. Der durchschnittliche Mitgliederstand seit 1895 betrug:

Jahr	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901
Mitgliederzahl	253	289	1591	4264	4327	3211	2482
Jahr	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908
Mitgliederzahl	2888	3311	4438	6159	7008	7087	6227

Hiernach liegt die Mitgliedszahl bis zur Hochkonjunktur im Jahre 1899, ging dann stark zurück bis 1901, stieg wieder bis zum Jahre 1906, um ebenfalls wieder zurückzugehen; nur ist der Rückgang erfreulicherweise verhältnismäßig geringer als 1900/01. Dieser Rückgang macht sich aber- dings auch bei den Einnahmen bemerkbar.

Die Einnahmen an Beiträgen belaufen sich in diesem Jahre auf 19 885,50, ein Minus gegenüber dem vorigen Jahre auf 53 384,35. Der durchschnittliche Beitrag pro Mitglied und Jahr ist von 1.21 pSt. im Jahre 1907 auf 1.69 in diesem Jahre zurückgegangen, der durchschnitt- liche Wochenbeitrag von 54 pSt. auf 42,33 pSt. Einen Ver- gleich mit den letzten sechs Jahren gewährt folgende Tabelle:

Jahr	Gesamt- einnahmen	Einnahmen für Wochen- beiträge	Durchschnittlicher Jahresbeitrag pro Mitglied	Durchschnittlicher Wochenbeitrag pro Mitglied
1903	59951,37	49956,10	16,55	41,4
1904	91943,04	86410,45	19,92	49,8
1905	143492,36	126908,20	21,52	53,8
1906	189940,03	150418,50	21,98	55,0
1907	236068,04	153069,85	21,59	54,0
1908	206004,05	99665,50	16,89	42,3

Die Ausgaben für die Hauptkassen sind ganz beträchtlich in die Höhe gegangen, und zwar von 19 599,23 auf

84 650,81. Die Hauptposten sind: für Streiks und Aussperrung 15 009,46, für Krankenunterstützung 16 067,15 und für Sterbegeld 2565. Die Ausgaben für Kranken- und Sterbenunterstützung zeigen 1907 ein Mehr von 2200. Es kommen durchschnittlich auf einen Krankheitsfall 15,42 und auf einen Sterbefall 55,44. Die Einnahmen für die Hauptkasse sind also im Vergleich zum Vorjahre zurückgegangen, während sich die Ausgaben fast verdoppelt haben. Wichtig liegen die Verhältnisse für die Zweigvereinskasse. Die Mindereinnahme beträgt hier 10 469,94, und zwar wurden an Anteilen an den Beiträgen 4589,37, an lokalen Zuschlagsbeiträgen 5512,80, für Schriften usw. 667,40 weniger eingenommen als 1907. Die Ausgaben sind um 479,19 gestiegen; hier ist aber in Betracht zu ziehen, daß die neu eingeführte Delegierten-Generalversammlung und die Sitzungen 3300 Kosten verursachten. Eine Verminderung der Ausgaben haben erfahren die Beiträge für den Bau, für das Arbeitersekretariat usw. um 700; sachliche Verwaltung um 300, sonstige Ausgaben um 2562,45. Die übrigen Ausgaben laufen parallel mit denen des Jahres 1907. Kollege Koch berichtete für die Revisionen und erklärte, mit Ausnahme einiger Mängel, die sich in Abrechnungen, der Zahlstellen vorfinden, alles in Ordnung befunden zu haben. In der Diskussion herrschte allgemeine Befriedigung mit dem Bericht wie auch mit der Tätigkeit des Ausschusses. Einige Redner wünschten frühere Zustellung des Berichts, andere eine mehr ins einzelne gehende Aufstellung der Ausgaben, im Bericht. Zur Wahl des Ausschusses lagen folgende Vorschläge der Zahlstelle Frankfurt vor: 1. Die Wahl des Ausschusses in Bezirksversammlungen vorzunehmen und dazu die nahe zusammenliegenden Zahlstellen zusammenlegen, damit alle Kollegen wählen können. 2. Alle vier Jahre haben zwei Beamte auszuscheiden. 3. Der Hilfsbeamte ist in Zukunft abzuschaffen. Nach längerer Diskussion wurden sämtliche Vorschläge gegen die Stimme des Kollegen Seine abgelehnt.

Die Wahl des Ausschusses ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Kollegen Wilhelm Schneider in Frankfurt a. M. als erster Vorsitzender, Karl Schneider in Frankfurt a. M. als erster Kassierer.

Nachdem ein Antrag des Kollegen R. Braun in Frankfurt a. M. den Hilfsbeamtenposten alle zwei Jahre mit einem anderen Kollegen zu besetzen, abgelehnt worden war, wurde Kollege Adam Herrmann in Hornau i. L. wiedergewählt.

Hierauf verhandelte man über mehrere Anträge. Zunächst ein Antrag auf Auflösung der Kollegen Franz Gornung, Adalbert Gerneth und Christian Konrad aus Frankfurt a. M. wegen fehlerhafter, fortgesetzter Verträge gegen die Organisationsbestrebungen, die sie trotz vieler Verwarnungen nicht unterließen, und dann noch zuletzt wegen Beteiligung an Sitzungen und Versammlungen mit wegen Streikbruchs und sonstiger Unkeuschheit aus der Organisation ausgeschlossenen Elementen. Der Antrag wurde nach Darlegung des Sachverhalts in geheimer Abstimmung mit 21 gegen fünf Stimmen bei vier Enthaltungen und einer unglücklichen Stimme angenommen. Dem Kollegen Philipp Seime, der nicht ganz einmündig in dieser Angelegenheit gehandelt hat, wurde mit Rücksicht auf sein Alter eine Rüge erteilt.

Zur Bezahlung der Arbeitslosenbeiträge wurde beschlossen, für das Jahr 1909 den Kollegen, die länger als zwei Wochen arbeitslos sind, für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit die Beiträge aus der Zweigvereinskasse zu zahlen. Selbstverständlich ist die Bezahlung von der vorgeschriebenen Kontrolle abhängig. Die in Frage kommenden Bestimmungen werden den Zahlstellen zugestellt. Einige weniger wichtige Anträge wurden abgelehnt. Hierauf sprach Kollege Güttmann über die Agitation im Frühjahr und führte aus: In früheren Jahren wurde die Frühjahrssagitation durch Verbreitung eines Flugblattes eingeleitet. Hieran knüpfte sich dann eine Hausagitation an. In den letzten Jahren scheint nun diese Agitation nicht mit der nötigen Wärme betrieben worden zu sein. Nun soll auch in diesem Jahre, und zwar am 21. März, ebenfalls ein Flugblatt verbreitet werden, damit soll dann die Agitation beginnen. Sie muß selbstverständlich in diesem Jahre mit doppeltem Eifer betrieben werden, um die Karte wieder auszuweihen, die uns die Krise geschenkt hat. In allen Orten müssen vor und bis zum 21. März Vorstandsitzungen stattfinden, um die Agitation vorzubereiten, damit wir fruchtbringende Arbeit leisten können und am Schlusse des Jahres wieder alle abtrünnig gewordenen Kollegen der Organisation zugeführt sehen. Zum Schlusse wurde noch beschlossen, daß die Mitglieder des Ausschusses als Delegierte an der am Sonntag, 14. März, stattfindenden 4. Konferenz teilnehmen sollen.

Hamburg. In der Versammlung der Sektion der Zementierer am 14. März wurde folgende Resolution beschlossen: Die Sektion der Zementierer und Kunststeinarbeiter Hamburgs ersucht die Konferenz für die Betonbauhandwerke in Berlin folgenden Beschluß zu fassen: Die Konferenz erkläre in der Vereinigung aller in der Betonbranche beschäftigten Arbeiter in einer gemeinsamen Organisation die Gewähr für die größte Aktionsfähigkeit der Arbeiter gegenüber dem organisierten Unternehmertum, was die bisher gescheiterten Lohnbewegungen in der Betonbranche zum Ausdruck bringen. Die bisherige Zersplitterung und Zersplittertheit der Betonarbeiter in verschiedene Organisationen, vor allem in solche, die mit dem Bauwesen in gar keiner Verbindung stehen, ist der Lohnbewegungen in der Betonbranche noch stets ein Hemmnis zum Schaden der Arbeiter gewesen. In Anbetracht dessen, daß die dem Zentralverband der Maurer Deutschlands angeschlossenen Sektionen der Betonbranche auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Betonarbeiter bisher den größten Einfluß ausübt haben, und daß durch den Eintritt anderer vorhandener Gruppen diese Organisation bedeutend an Aktionsfähigkeit gewinnen würde, fordert die Konferenz alle Betonarbeiter, wie Zementpumper, Zementierer und Flechter, Ruberträger, Eisengießer und Hilfsarbeiter in der Betonbranche, auf, sich dieser Organisation anzuschließen.

Am 19. März fand im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Mitgliederversammlung statt, in der zunächst Kollege Jden im Auftrag der Wahlkommission das Resultat der am 14. März vorgenommenen Wahl der Mitglieder zum geschäftsführenden Ausschuss bekannt gab. Abgegeben wurden im ganzen 1768 Stimmen; das ist eine Beteiligung, wie sie bisher noch nicht so stark zu verzeichnen war. Die Mitglieder des Ausschusses wurden in ihrer Gesamtheit wiedergewählt. Dann sprach unter dem Beifall der Versammlung Genosse Kimmel über Polarforschung. Nach einem Schreiben des Vertriebsbüros beabsichtigt dieser, eine Arbeitsordnung herauszugeben. Zunächst sollen noch die beteiligten Arbeiterorganisationen gehört werden. Da der Vertriebsbüro nach den gemachten Erfahrungen nicht so tariffreundlich ist, weiter auch die benannte Arbeitsordnung nichts gutes vermuten läßt, so werden die Kollegen gewarnt, wenn einzelne Unternehmer versuchen, ihnen diese aufzuzwingen, sich der Arbeitsordnung zu unterwerfen, bevor nicht hierüber endgültig beschlossen ist. Die Aufforderung in Nr. 11 des „Grundstein“ an die im Frühjahr vom Lande in die Städte reisenden Kollegen, vorläufig noch am Wohnorte zu bleiben, scheint, soweit Hamburg in Frage kommt, keine große Wirkung auszuüben zu haben. Die Verhältnisse liegen am Orte so, daß sämtliche Baumaterial auf dem Wasserwege beschafft werden muß. Da nun alle Kanäle und Flete seit Monaten zugefroren sind, herrscht hier ein Materialmangel, wie wir ihn seit Jahren nicht gehabt haben. Dadurch ist nun Hunderten von anständigen Kollegen vorläufig jede Möglichkeit genommen, in Arbeit zu treten. Es kann deshalb nur allen reisenden Kollegen in ihrem eigenen Interesse dringend ans Herz gelegt werden, Hamburg vor der Hand zu meiden.

Remberg. Am 14. März fand unsere Monatsversammlung statt; es waren von 74 Kollegen nur 20 erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Stanning; die Kollegen ehrten sein Andenken in üblicher Weise. Dann erfolgte die Besprechung der Lohnfrage. Unter Zarif war schon am 1. März abgegangen. Der Vorsitzende stellte es der Versammlung anheim, ob wir wieder mit unsern „noblen“ Unternehmern verhandeln wollten. Der Kollege B. Anst gab über den Sachverhalt ausführlichen Bericht und hielt es nicht der Mühe wert, noch einmal mit den Unternehmern zu verhandeln. Die Kollegen entließen sich jedoch dafür, es noch einmal zu versuchen. Es wurde eine Lohnkommission von fünf Kollegen gewählt, die ihren Auftrag in den nächsten Tagen ausführen soll. Unter „Verschiedenes“ kam der Vorsitzende auf die mangelhafte Ausführung der Arbeitslosenbezahlung in unserm Zweigverein zu sprechen und ermahnte die Zähler, bei der nächsten Zahlung besser zu arbeiten. Sie sollten die ganze Sache nicht so leicht aufgeben. Nachdem der Vorsitzende den auswärtsreisenden Kollegen noch mit auf den Weg gegeben hatte, in Zukunft sich mehr an den Versammlungen zu beteiligen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Leipzig. Am 14. März tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zweigvereins. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des Kollegen Stanning; die Versammlung ehrte sein Andenken durch Erheben von den Plätzen. Dann berichtete der Vorsitzende über die Arbeitslosenstatistik. Darauf verlas der Vorsitzende einen Brief vom Zweigverein Leipzig über den dort gefassten Beschluß bezüglich der Arbeitslosenmarken. Die Kollegen von Leipzig und Umgebung, die in Leipzig arbeiten und ihre Beiträge dort bezahlen müssen, wurden von dem Bezüge der Arbeitslosenmarken und von der Kontrolle der Arbeitslosigkeit zurückgewiesen. Leipzig zahlte nur den Mitgliedern die Arbeitslosenmarken, die dem Zweigverein Leipzig angehören, nicht aber den Kollegen, die ihre Beiträge in Leipzig bezahlen und einem anderen Zweigverein angehören. Laut Statut sind die Kollegen verpflichtet, ihre Beiträge am Arbeitsort zu bezahlen. Dagegen sollen sie die Arbeitslosenmarken aus ihren Heimat-Zweigvereinen beziehen, wo sie doch sonst gar keine Beiträge entrichten. Die Mitglieder des Zweigvereins Leipzig, die in Leipzig arbeiten, fühlen sich durch diesen Beschluß enttäuscht. Der Vorsitzende wurde beauftragt, darüber Beschwerde zu führen. Außerdem wurde beschlossen, mit den anderen Gewerkschaften gemeinverständlich größere Versammlungen mit wissenschaftlichen Vorträgen abzuhalten, und schließlich, daß sich die Kollegen, die länger als drei Tage arbeitslos sind, beim Kollegen Nothe zu melden haben, und zwar Mittwoch und Sonnabend. Hierauf forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, recht zahlreich bei der Flugblattverteilung tätig zu sein, und schloß die Versammlung.

Mannheim-Ludwigshafen. In der außerordentlichen Generalversammlung des Zweigvereins am 21. März wurde die Wahl des Lokalbeamten vollzogen. Aus dem Bericht der Kommission ging hervor, daß sich 22 Kollegen aus allen Teilen des Reiches, darunter drei aus dem Zweigverein selbst, um den Posten beworben haben. Die Wahl fiel auf den Kollegen Krug aus Vant-Wilhelmshafen. Die Generalversammlung sprach allen Werbenden den besten Dank aus. Der Kollege Krug tritt am 1. April seinen Posten an.

Stuttgart. (Jahresbericht.) Im verfloßenen Jahre wies die Bauwirtschaft infolge der gedrückten wirtschaftlichen Lage gegenüber dem vorigen Jahre einen Rückgang auf. Der laue Geschäftsgang war sowohl in Stuttgart als in der Umgebung bemerkbar. Die Zahl der erstellten Hauptgebäude in Stuttgart beträgt 278, gegenüber 287 im Jahre 1907 und 348 im Jahre 1906. Auch die Zahl der Wohnuntergebäude ist zurückgegangen. Bei diesen 278 Bauten sind sämtliche staatliche und städtische Bauten mitgerechnet. Die neue Dragonerkaserne ist für zehn Gebäude gerechnet. Die Zahl an diese und die übrigen Staatsbauten sowie die umfangreichen städtischen Bauten von obiger Zahl ab, so ergibt sich eine äußerst geringe Privatbautätigkeit. Laut städtischem Amtsblatt sind in den ersten neun Monaten 1908 176 Wohnungen, das sind 18 pzt. weniger, erstellt worden, als im Jahre 1907. Im Jahr 1908 hatten die baugewerblichen Arbeiterorganisationen äußerst wichtige Aufgaben zu erfüllen. Es galt, die Pläne des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zu durchkreuzen. Auch die Stuttgarter Bundesmeister, an der Spitze Herr C. Busch,

hatten, aus angeblicher „Solidarität“ mit ihrem Mitgließe Mayer, die Maurer aus Pfister geworben. Gütte Mayer seine Arbeiter laut Zarif entließ, so hätte er die Aufnahme einer Statistik nicht zu fürchten brauchen, und die von ihm durch die Entlassung von drei Kollegen verursachten Differenzen wären nicht entstanden. Der Beschluß, den Bau zu sperren, ist nie gefaßt worden. Wenn Mayer unsere Beihilfe, den Streik auf seiner Baustelle zu schließen, ablehnte, tragen wir hieran keine Schuld. Aber der Baugewerkeverein Stuttgart, nach Mayer hatten die Arbeiter den Streik freiwillig beizulegen, was aus nachstehendem Brief hervorgeht. Die Aussperrung ist erst mittags am 18. April erfolgt, während laut Brief die organisierten Maurer schon am 17. April ausgesperrt sind. Die Absicht von dem Brief — das Original des Briefes befindet sich in unserm Besitz — teilen wir hier mit:

Jos. Mayer, Bauwerkmeister, Baugeschäft
(Abt. Alts Nachfolger.)
Telephon 1878. Neckarstraße 37 a.

Stuttgart, 17. April 1908.

Gerni Antonio Cubicini, Maurer in Udine,
Nobiliaccio (Italien).

Ich wäre bereit, circa 30 bis 40 Maurer, welche gut arbeiten können, einzustellen, in Stuttgart. Die Beschäftigung würde zunächst ungefähr acht Wochen dauern. Stundenlohn für tüchtige Maurer bis zu etwa 54 S. Die Leute müssen sofort kommen und unorganisiert sein, weil die organisierten Maurer ausgesperrt sind. Es wäre mir sehr recht, wenn Sie die Sache besorgen wollten. Fünf bis sechs Mann müßten auch deutsch sprechen können. Bitte um weitere umgehende Nachricht oder um sofortiges Kommen. Hochachtungsvoll Jos. Mayer.

Dies Schreiben nach Italien bestätigt, daß Jos. Mayer und Konstantin Jänsch zur Aussperrung vorbereitet hatten. Inwiefern Mayer den Zariflohn bezahlen wollte, geht daraus hervor, daß er für Streibredner nur bis zu etwa 54 S. Stundenlohn in Aussicht stellte. Eine volle Woche hat die Aussperrung gedauert; denn es mußte abgewartet werden, ob die Berliner Verhandlungen nicht doch noch scheitern und der Plan einer allgemeinen Aussperrung verwirklicht würde.

Rohnebewegungen waren im Zweigvereinsgebiet in Ehlingen, Kärnten und Ruffenhausen eingeleitet. Die Zarifverträge wurden in genannten Orten gekündigt und liefen am 30. April ab. In Ehlingen verdienen die Maurer einen Durchschnittslohn von 44,3 S. Dieser, den derzeitigen Verhältnissen keineswegs entsprechende Verdienst war der Grund zur Kündigung. Am 14. April tagte auf dem Rathaus in Ehlingen eine vom hiesigen Baugewerkeverein einberufene Sitzung abends 7 Uhr. Das Angebot der Unternehmer war unannehmbar, die Sitzung verlief resultatlos. In Kärnten und Ruffenhausen war ein Vorgehen, die schlechtesten Bautätigkeit wegen, nicht möglich; aber auch die Ineffizienz der dortigen Maurer verurteilte die Ausschüsse. Es konnte deshalb in den drei genannten Orten kein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden. Durch eifrige Tätigkeit wird und muß es uns gelingen, unsere Organisationskraft zu stärken und dann geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Baupläne wurden über zwei Staatsbauten verhängt. Am 11. Mai über den von Hermann Schneider, Baugeschäft in Feuerbach, aufgeführten Bahnhofsneubau. Herr Schneider bezahlte Lohn nach Belieben. Die 23 beschäftigten Maurer erhielten im Durchschnitt 50,4 S. Stundenlohn. Einmütig wurde die Arbeit niedergelegt. Nachdem der Stuttgarter Tarifvertrag durch Unterschrift anerkannt war, wurde am 12. Mai die Arbeit wieder aufgenommen. Am Karnevalneubau in Cannstatt (teilweise fahrende Firma Gebr. Gaier aus Barmen-Konrad, O.-A. Freudenstadt) gab es ebenfalls ernste Differenzen. Diese Firma hatte die effizienteste Arbeitszeit eingeführt und bezahlte 50 S. Stundenlohn. Da sie der brieflichen Aufforderung der Zweigvereinsverwaltung, den Tarifvertrag durch Unterschrift anzuerkennen, nicht nachkam und weitere Rücksprache mit dem Unternehmer erfolglos blieb, wurde am 7. September die Arbeit eingestellt. Die Sperre hat ihren Zweck nicht verfehlt, der Vertrag wurde durch Unterschrift anerkannt. Während der Sperre haben J. Rost und Hermann Schindler die Arbeit aufgenommen. Diese wiederholte schloß Handlung soll nicht wiederholt werden.

In der Sektion der Fliesenleger ist der neue Vertrag am 1. November in Kraft getreten, er dauert bis zum 31. März 1911. Vereinstätig wurde eine Arbeitszeit: am Montag und Samstag von je 6½, an den übrigen Tagen von je 9 Stunden (wöchentlich 49 Stunden). Der Stundenlohn beträgt 65 S., vom 1. Januar 1910 an 68 S. Die Arbeitspreise sind in 20 Positionen festgelegt. Bei auswärtigen Tagelohn- und Akkordarbeiten wird ein Zuschlag von 20 pzt. bezahlt. Wenn der Vertrag nicht allen Wünschen der Fliesenleger entspricht, ist dies der Gleichgültigkeit eines Teiles der Kollegen auszusprechen.

Im Gipserberufe über die laue Geschäftsgang im allgemeinen einen Druck aus. Da das Angebot von Arbeitskräften immer stark war, hatten nur wenige Kollegen den Mut, am 1. April die vertragmäßige Lohnsteigerung zu beanspruchen (67 bis 68 S. pro Stunde). Der Durchschnittslohn betrug 1908 69,65 S. im Jahre 1905 dagegen 49,5 S. Der heutige Mehrerwerb und andere Verbesserungen sind eine Ertragskraft der Sektion der Gipser, auf die sie nach Lage der Dinge mit Stolz zurückblicken können. Das Bestreben unseres Verbandes wird es, wie bisher, auch in Zukunft sein, die organisierten Bauarbeiter immer mehr miteinander zu vereinen, weil die Gründung eines Industrieverbandes für das Baugewerbe immer notwendiger und dringender wird.

Ein Gipser, namens Kleiner, dagegen versucht, den Strom der Zeit aufzuhalten. Auf dem Heuberg redet Kleiner von Gefühlsheftigkeit und Einigkeit, in Stuttgart dagegen wird zur Zersplitterung unter den Gipsern eine zweite Organisation (Stuttgarterverband) gegründet. Im übrigen werden wir demnachst Arbeit darüber schaffen; warum und unter welchen Bedingungen im Jahre 1905 die Sektion der Gipser Stuttgarts und Umgebung gegründet worden ist. In der Zementbranche war der Geschäftsgang mittelmäßig. Trotzdem es an einheimischen Arbeitskräften nicht gefehlt

hat, war bei den Firmen für Beton- und Eisenbetonbau ein großer Teil Ausländer (Italiener) beschäftigt, d. B. am Stahnen- und Schlachthausbau. Des weiteren ist wahrzunehmen, daß im Mauerberuf immer mehr Arbeitstätigkeit über den Betonbau hinausgeht. Es ist eine Folge des neuen Baustystems der Eisenbeton-Konstruktion, die vorwiegend immer mehr in Anwendung kommen wird. Um in der Zukunft für die einheimischen Kollegen genügend Arbeitsgelegenheit zu haben, bleibt nichts anderes übrig, als in dieser Spezial-Beton-Bau-branchen Arbeit zu nehmen, damit wir auch auf diesem Gebiet das Arbeitsfeld beherrschen. So wie hier liegen die Dinge in allen anderen Städten Deutschlands. Aus diesem Grunde hat auch der Verbandstag recht gehandelt, als er beschloß, der Verschmelzung mit dem Verbande der Bauhilfsarbeiter näherzutreten. Es ist Pflicht der gelehrten Berufe, auch die Bauhilfsarbeiter der Organisation zuzuführen. Gerade der Betonbau birgt die Gefahr in sich, daß bei künftigen Lohnbewegungen die gelehrten Berufe, Maurer, Zementarbeiter und Zimmerer, durch ungelernete Arbeiter in großem Maße gefährdet werden. Wer weiß, daß große Bauten vollständig aus Beton hergestellt werden, dem wird dies begreiflich sein und für den Bedarf hier die Sache seiner weiteren Erörterung. Italienische Arbeiter kommen jährlich tausende nach Deutschland, insbesondere auch in unsere Gegend. Wir können dies nicht ohne weiteres verhindern, dürfen aber keineswegs gleichgültig zusehen. Die Erfahrung lehrt uns, daß die Ausländer verhältnismäßig als Lohnrücker benutzt werden. Unsere Aufgabe ist es deshalb, diese zu erziehen zum gemeinsamen Handeln, zu Mitkämpfern. Wir haben Ursache, uns unserer Saut zu wehren. Wäre d. B. der himmlische Fall auf dem Regionalsparlamentstag nicht passiert, so wäre die Zahl der hier beschäftigten Ausländer zur Plage angewachsen.

Ende uns, wenn wir nach Italien kämen und würden uns den Brauch und Sitten der dortigen Arbeiter nicht anpassen! Dagegen bei uns in Schwaben erlauben sich's Fremde, unsere Güte zu mißbrauchen, ja sogar frech zu werden. Unsere Solidarität muß in Zukunft Grenzen haben. Soweit, daß wir das eroberte Arbeitsfeld preisgeben oder uns gar Verdächtigungen lassen, darf unsere Güte nicht gehen. Deshalb haben wir künftig von jedem Arbeiter am Bau zu verlangen, daß er seine Pflicht erfüllt, seiner Berufsorganisation angehört. Alle Drückelberger müssen an Ordnung gewöhnt werden, ganz gleichgültig, welcher Nation sie angehören.

Im März wurde die Flugzeit des Hauptvorstandes: „Herrn der Männer vom Bau“ an die Mitglieder und, so weit möglich, auch an unorganisierte Kollegen verbreitet. Anschließend wurden in den größeren Orten Versammlungen abgehalten. Insgesamt fanden 183 Versammlungen statt; hiervon in der Stadt 21 für alle Berufe, 37 der Sektionen und 14 für Italiener; des weiteren fanden 111 Bezirksversammlungen statt. Der Zweigvereinsvorstand in Verbindung mit den Vorständen der Sektionen hielt 15 Sitzungen ab. Vertrauensmännerkassen fanden 5 statt. Der Zweigverein ist in 98 Bezirke geteilt; 104 Kollegen bezeugen die Verbreitung des „Grundstein“ und kassieren die Beiträge. Nur für 14 Bezirke werden die Zeitungen ständig abgeholt; in 52 Bezirken müssen die Sachen das ganze Jahr und in 32 Bezirken während der Wintermonate per Post zugestellt werden. Die Mitgliederzahl beträgt im Durchschnitt 2106, am Jahresabschluss 2068, somit ist, was bei der jeweiligen Geschäftslage herauszuheben war, ein Rückgang eingetreten. Mitgliedsbücher wurden bis Jahresabschluss 1512 zur Kontrolle eingekandt. Nach Berufen verteilen sich diese Bücher: Maurer 1289, Gipser 188, Fliesenleger 55 und Zementarbeiter 30. Quartalsberichte zeigten aus 3 Bezirken mit 185 Mitgliedern. Laut Bericht sind rückständig 95 mit 1 bis 4 Wochen, 98 mit 5 bis 9 Wochen und 80 mit über 9 Wochen. Der Rest der Kollegen befindet sich den Winter über zu Hause. Diesen Kollegen raten wir künftig, der Verwaltung vor der Abreise Mitteilung zu machen, damit das Sachorgan ausgestellt werden kann und die nötige Führung mit dem Verband erhalten bleibt. Neu eingetreten sind 434 Mitglieder; hiervon 73 zum zweitenmal und 4 zum dritten Male. Das Eintrittsgeld wurde nach § 18 des Statuts erhoben. Es ist dies ein gutes Erziehungsmittel, die Rauen an Ordnung zu gewöhnen. Zum Militär eingezogen sind 64 Kollegen; geforderten sind 23 Mitglieder, sie erreichen ein Durchschnittsalter von 32½ Jahren. In 16 Fällen hatten die Hinterbliebenen Anspruch auf Sterbehilfeunterstützung; dreimal wurde im Sterbefall der Frau eines Mitglieds Unterstützung bezahlt. Im Durchschnitt berechnet, beträgt die Unterstützung pro Fall M. 50,55. Krankenunterstützung wurden an 384 Mitglieder aufgenommen M. 6437,15 ausgebezahlt, das sind, auf den einzelnen Fall berechnet, M. 18,23.

Die Einnahmen für die Hauptkasse betrugen M. 43 011,60, wovon M. 17 183 in bar abgehandelt wurden. Die Kassa hatte bei einem Bestande von M. 5332,39 eine Einnahme von M. 20 308,19 und eine Ausgabe von M. 12 668,64; der Kassenbestand betrug am Jahresabschluss M. 7839,55.

Bittau. (Jahresbericht.) Das Jahr 1908 hat für die Arbeiter des Baugewerbes nichts Gutes gebracht. Die wirtschaftliche Krise, die auf allen Erwerbszweigen lastete, machte sich in erster Linie im Baugewerbe äußerst empfindlich bemerkbar. Wenn das Wort „Wirtschaftskrise“ von den Arbeitern in den vorhergehenden Jahren nicht begriffen oder verstanden worden ist, so kann man aber jetzt wohl bestimmt annehmen, daß es nur noch wenige Arbeiter geben wird, die dieses Wort nicht zu begreifen imstande wären. Die Krise hat sich bei allen Arbeitern fühlbar gemacht, jeder hat ihr seinen Tribut zahlen müssen. Die Lebenshaltung der Arbeiter ist infolge dieser wirtschaftlichen Krise ganz bedeutend gesunken. Dasselbe gilt auch für die Arbeiter des Baugewerbes, und in erster Linie für die Maurer. Wenn auch an den Lohnverhältnissen infolge des bescheidenen Tarifvertrages nicht gerüttelt werden konnte, so hat sich die Einnahme des einzelnen gegen die früheren Jahre doch merklich vermindert. Als Beleg dafür muß uns die Statistik über die Arbeitslosigkeit gelten. Als weiterer Beleg dafür ist auch das Resultat über die im Jahre 1908 fertiggestellten Bauten anzusehen. Es wurden ausgeführt an Bauten innerhalb des Bistumsgebietes, das sich über die Amtshauptmannschaft Bittau mit Oberoderwitz und Illersdorf erstreckt:

Neubauten.		Erweiterungsbauten.	
1908: 202.	1907: 224.	1908: 114.	
Dabon:		Dabon:	
Spekulation	51	Gewerbliche	22
Gewerbliche	22	Bauwirtschaftliche	31
Landwirtschaftliche	47	Kommunale	13
Kommunale	9	Private	48
Private	73		
Umbauten.		Reparaturen.	
1908: 119.	1907: 188.	1908: 278.	1907: 184.
Dabon:		Dabon:	
Gewerbliche	23	Gewerbliche	29
Landwirtschaftliche	35	Bauwirtschaftliche	52
Kommunale	3	Kommunale	37
Private	58	Private	160

(Erhebungen über Erweiterungsbauten, sind im Jahre 1907 nicht gemacht worden, sie sind in den Umbauten und größeren Reparaturen enthalten.) Bei der Bewertung dieser Zahlen muß auch berücksichtigt werden, daß sich unter den 224 Neubauten, die im Jahre 1907 aufgeführt worden sind, mehrere größere Bauten befinden, an denen eine große Anzahl von Arbeitern beschäftigt werden konnte, wohingegen in diesem Jahre lediglich kleine Bauten in Frage kamen. Dasselbe trifft für die Umbauten zu. An kleineren Arbeiten, Reparaturen, ist ja für das Berichtsjahr eine Zunahme zu verzeichnen, doch kann dies nichts belegen. Es sind dies alles kleinere Arbeiten, die nicht allzusehr ins Gewicht fallen. Den Grad der Beschäftigung im Baugewerbe zeigt uns die Zahl der fertiggestellten Neu- und Umbauten, und an deren Zahl kann man bemessen, daß die Beschäftigung gegen das vorige Jahr bedeutend zurückgeht. Können wir, daß sich die Lage in diesem Jahre besser gestaltet. Arbeitseinstellungen infolge von Differenzen mit den Unternehmern haben in vier Fällen stattgefunden. In allen Fällen handelte es sich um Lohnhöherungen. Am 6. April wurde über den Scheunenneubau des Bauerngutsbesters Schmidt in Illersdorf die Sperre verhängt, weil er sich weigerte, den Tarif, der für den Bezirk Reichenberg geltend hat, anzuerkennen. Nach mehrmaliger Dauer bewilligte der Bauherr die Forderung der Arbeiter. Der zweite Fall spielte wieder im Bergwerk in Giehmansdorf. Die betreffende Betriebsleitung scheint es nicht fertig bringen zu können, mit den Arbeitern in Frieden zu leben. Im vorigen Jahre gab es Lohnrückgehungen, und diesmal sollte es überhaupt keinen Lohn mehr geben. Die Belegschaft verweigerte die Arbeit, und sieben unserer Kollegen, die zum Teil als Grubenmänner dort beschäftigt waren, schlossen sich den organisierten Bergarbeitern an. Die Angelegenheit scheint bis heute noch nicht erledigt zu sein; denn seit Anfang Dezember sind wieder erneut aus demselben Grube Differenzen ausgebrochen, die zurzeit noch fortbestehen. Es soll nicht unterlassen werden, die Kollegen auf die Zustände auf Grube Giehmansdorf aufmerksam zu machen. Jeder, der dort Arbeit nimmt, läuft Gefahr, seinen Lohn zu erhalten, denn zurzeit wartet noch eine Anzahl von Arbeitern von Woche zu Woche vergebens auf den verdienten Arbeitslohn. Jeder mag sich erst erkundigen, ob die Zahlungsschwierigkeiten beseitigt sind. — Die letzte Baupolizei wurde verhängt, weil sich Baunternehmer Kluge in Großhain weigerte, den Pionier Lohnhöherung vom 1. Oktober an zu zahlen. Am 9. Oktober, vormittags, legten sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder, und am Mittag hatte auch der Unternehmer den Tarif anerkennen müssen. Die Sperre hatte nur einen halben Tag gedauert. Differenzen wegen Nichtzahlung des Lohnes wurden erledigt ohne Arbeitseinstellung in Oberwitz und im Herbst in Reichenau. Die Reichenauer Unternehmer schienen anfangs fast einstimmig der Meinung zu sein, die Lohnhöherung, die laut Tarif vom 1. Oktober an eintreten sollte, nicht zu zahlen. Erst durch wiederholtes Eingreifen der Organisation und des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes bequamen sich auch diese, die Tariflöhne zu zahlen. An dem letzten Falle ist zu erkennen, von welch eminenter Bedeutung die Tarifverträge für die Arbeiter sind. Wenn auch zu Zeiten guter Konjunktur den Arbeitern durch die Tarife die Bewegungsfreiheit genommen ist, so wird das doppelt dadurch aufgehoben, daß die Unternehmer in Zeiten schwerer Wirtschaftskrisen durch Tarife verpflichtet sind, die vorgeschriebenen Löhne zu zahlen. Auch für unsere Bittauer Bezirk steht fest, daß, wenn der Tarif nicht bestanden hätte, wir aus dem Kleinrieg mit den Unternehmern nicht herausgekommen wären, wenn wir die Löhne auf der bestimmten Höhe hätten erhalten wollen. Durch den Tarif haben wir nicht nur das Bestehende erhalten können, sondern es hat auch im Laufe des Jahres eine Lohnvermehrung von 2 3 pro Stunde eintreten müssen. Der Wert einer streikenden Organisation ist durch diese Tatsache wohl erwiesen. Die Organisation selbst hat unter der Wirtschaftskrise nicht gelitten. Am Schluß des Jahres 1907 betrug die Mitgliederzahl 994. Am Schluß des Jahres 1908 aber 1022, mithin eine Zunahme von 28 Mitgliedern. Um über den Stand der Organisation in den einzelnen Orten unterrichtet zu sein, haben wir wieder, wie im vorigen Jahre, richtet zu sein, haben wir wieder, wie im vorigen Jahre Erhebungen veranstaltet. Es ist danach festgestellt, daß von den 1880 im Zweigvereinsgebiet wohnhaften Maurern 1044 einer Organisation angehören. Dabon gehören 988 dem Zentralverband der Maurer an, 30 der christlichen Organisation, drei dem Metallarbeiterverbande, sieben dem Zigarbeiterverbande, zwei dem Bergarbeiterverbande und vier gelbe. (Außerhalb des Zweigvereinsgebietes hat unsere Organisation noch 34 Mitglieder.) Unorganisierte sind 836 vorhanden; dabon arbeiten nur noch 171 im Berufe. Außerdem sind dabon 95 über 60 Jahre alt. Es wird Aufgabe der Kollegen sein, diesen wenigen, die unserer Sache noch abseits stehen, begreiflich zu machen, daß auch sie mit in die Reihen der großen Masse gehören.

Lehrlinge sind 138 festgesetzt worden. Dabon stehen im ersten Lehrjahre 68, im zweiten Lehrjahre 48 und im dritten Lehrjahre 22. Diese junge Garde für die Organisation vorzubereiten, müssen sich die Kollegen ebenfalls anlegen sein lassen. Die Jahreserinnahme der Hauptkasse betrug M. 14 276,30, an die Hauptkasse abgeliefert wurden M. 954,16. Für Streik- und Baupreisen wurden verhandelt M. 359,09, Krankenunterstützung M. 4, Nachschuß M. 83,29, Mahregelung M. 812, Krankenunterstützung an 68 Kollegen M. 849,40 und Sterbegelder an neun Kollegen M. 285. Die

Einnahme der Kassa betrug M. 9808,60, die Ausgabe M. 5527,84, somit verbleibt ein Kassenbestand von M. 4280,76. Am Schluß des vorigen Jahres betrug der Bestand M. 3034,37, er hat sich also trotz der hohen Ausgaben um M. 1246,49 erhöht. Außerdem verfügt die Organisation über einen Unterstützungsfonds, der am Jahresabschluss einen Kassenbestand von M. 604,45 hatte. Daraus werden Kollegen, die länger als vier Wochen krank sind, auf Antrag unterstützt. Die Beitragszahlung der Mitglieder war auch in diesem Jahre gut. Von 1022 Mitgliedern hatten 958 ihren Beitrag voll entrichtet, 64 waren im Rückstande, darunter allerdings elf Kollegen über 18 Wochen, die sämtlich um Stundung nachgesucht hatten. In der Generalversammlung, die am 10. Januar im Gewerkschaftshaus stattfand, und die auch den Verhältnissen entsprechend sehr gut besucht war, wurde der bisherige Vertrauensmann, sowie dessen Stellvertreter einstimmig wiedergewählt. Weiter wurde einstimmig beschloffen, die Mitglieder des obererdischen Verbandes, die im „Lohngebiet“ Bittau arbeiten, von dem Lokalbeitrag zu entbinden, weil von diesem Jahre an in den in Frage kommenden Ortsgruppen des obererdischen Verbandes erhöhte Beiträge gezahlt werden müssen. Der Antrag einiger Mitgliedschaften, die Kolportagegelder um 1 3 zu erhöhen, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag, zugereichten Kollegen ein Lokalgeschenk zu verabreichen, wurde angenommen, und zwar erhält jeder 50 3 und außerdem warmes Essen. Außerdem kann zu Zeiten großer Arbeitslosigkeit, in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober, an verzeichteten Kollegen, falls sie am Ort keine Arbeit bekommen können, ein Reisegeld bis zu M. 3 gewährt werden.

Zur Kartfrage wurde vom Vertrauensmann mitgeteilt, daß, nachdem die Mitglieder in den einzelnen Versammlungen gegen fünf Stimmen beschloffen haben, falls eine Einigung mit den Unternehmern über die von uns geäußerten Wünsche nicht herbeigeführt werden könne, der jeweilige Vertrag nicht gekündigt werden soll. Die Unternehmer teilten in ihrem letzten Schreiben mit, daß es bei der jetzigen traurigen Lage des Baugewerbes nicht angängig sei, auf unsere Wünsche einzugehen, dagegen haben sie einstimmig beschloffen, den Vertrag bis 31. März 1910 zu verlängern. Die Verhandlungen über die Abänderungen einiger Bestimmungen sind somit als gescheitert zu betrachten, doch ist der Vertrag auf ein weiteres Jahr verlängert worden. Die Zimmerer und Bauhilfsarbeiter haben dagegen den Vertrag gekündigt. Das Resultat über die Feststellung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder ist ebenfalls von großem Interesse. Von 1022 Fragebogen sind 988 eingegangen, die übrigen 44 Kollegen waren nicht zu erreichen, indem zurzeit der Erhebung, Ende November, viele, die im Sommer im Bezirk arbeiteten, in die Heimat abgereist waren und erst zum Frühjahr wiederkommen. Im übrigen sind diese 34 zum größten Teile ledige Kollegen. Von den 988 Kollegen sind 788 verheiratet und 179 ledig, sowie 21 verwitwet. Diese haben insgesamt 1468 Kinder zu ernähren. Von den verheirateten Kollegen müssen die Frauen in 324 Fällen durch Hausarbeit, in 203 Fällen durch Seimarbeit und in 26 Fällen durch verschiedene Beschäftigung zum Unterhalt der Familie mit beitragen. Nur in 167 Fällen ist die Frau mit der Beaufsichtigung des Haushalts beschäftigt. In acht Fällen ist die Frau Invalide. Die Kinderzahl der Familien, in denen die Frau mit Haus- oder Seimarbeit beschäftigt ist, zeigt folgende Zusammenstellung:

Fabrikarbeit:		1	2	3	4	5	6	7
Kinderzahl	Fälle	114	64	41	10	9	2	1
	Kinderlose in 89 Fällen.							
Seimarbeit:		1	2	3	4	5	6	7
Kinderzahl	Fälle	47	69	38	20	14	6	1
	Kinderlose in 64 Fällen.							

Diese Zahlen dürften das Gien und die Dürftigkeit der Lage der Arbeiterchaft genügend zum Ausdruck bringen. Als die Maurer im Jahre 1904 den ersten Kampf wagten, versuchten gewisse Leute die Privatität der Maurer auch damit zu begründen, indem man der Dürftigkeit glauben machte, die Maurer hätten doch erst in letzter Linie ein Recht, unzufrieden zu sein, denn die meisten wohnen auf dem Lande, hätten ein eigenes Häuschen, könnten sich die Kartoffeln selbst bauen, eine Pflanze halten usw. Durch die diesmalige Feststellung kann aber dieser Wahn als vollständig zerstört gelten. Von den 988 Kollegen sind 292 Hausbesitzer. Aber nicht in allen Fällen ist das Haus als Besitz anzusehen. Von den 292 kommt nur ein Drittel wirklich als Hausbesitzer in Betracht. Die übrigen zwei Drittel stehen sich genau so schlecht, wie ein Mieter. Die meisten haben sich ein Häuschen gekauft, um den ewigen Fragen des Hausbesitzers: „Gaben Sie Kinder?“ zu entgehen. Von einem Wohlleben bei den Maurern kann also keineswegs die Rede sein. Schon die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe läßt es nicht zu. In der Zeit vom 1. November 1907 bis 1. November 1908 waren 614 Kollegen 23 014 Tage wegen Arbeitsmangels arbeitslos. Dabon entfallen auf die Zeit vom 1. April bis 1. November 1908 7229 Tage auf 883 Kollegen. Das letztere ist wohl eine Folge der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Wenn auch zu jeder anderen Zeit, selbst bei guter Konjunktur, ein gewisser Grad von Arbeitslosigkeit vorhanden sein wird, so sind die diesmaligen Zahlen dagegen doch außerordentlich hoch. Wegen Krankheit erwerbsunfähig waren in der Zeit vom 1. November 1907 bis 1. November 1908 211 Kollegen 7291 Tage. Daß der Maurer auch im Winter darauf bedacht sein muß, den Lebensunterhalt für die Familie zu besorgen, wird jedem, der die Verhältnisse kennt, ohne weiteres klar sein, denn vom Sparen kann bei ihm keine Rede sein. Er hat sich in den meisten Fällen noch einen zweiten Beruf zu eigen gemacht, und nach der gemachten Erhebung sind 301 Kollegen mit Fabrikarbeit, hauptsächlich Weber, 131 mit Steinmetzen, 22 in der Schmiederei, 20 im Bergwerk, 53 mit Gambweber, 19 in der Sechsmacherei in der Regel beschäftigt. 224 Kollegen gehen verschiedener Beschäftigung nach. Wir haben hiermit einen kurzen Einblick in die Verhältnisse und das Familienleben unserer Kollegen getan und gefunden, daß sie alle Ursache haben, tätig zu sein, und die so schmachsvollen wirtschaftlichen

Zustände zu befeitigen. Man sollte nun annehmen, daß sich angesichts dieser Tatsachen ein Sturm der Enttäuschung gegen das Beiseite unter der Arbeiterchaft bemerkbar machte. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Je mehr die Arbeiter die Not drückt, um so kumpfmüßiger wird er, um so gefügiger zeigt er sich dem Unternehmer, um so unangenehmlicher wird er für Ideen, die dazu geeignet sind, ihn aus seiner Knechtschaft zu befreien. Einen Beleg dafür haben die Maurer geliefert; denn nach der Feststellung sind von den 988 befragten Kollegen nur 378 Annoncanten des Par- teiblattes. Wir müssen uns ohne weiteres zugeben, daß dies Ergebnis für die Maurer nicht rühmend ist. Mehr als die Hälfte der Kollegen liest die Arbeiterzeitung nicht, wohl aber findet man bei so manchem ein bürgerliches Blatt, worin die Bestrebungen der organisierten Arbeiterchaft verächtlich gemacht werden, eine Zeitung, worin sich die reaktionären Parteien darüber unterhalten, auf welche Art man am besten die Arbeiterchaft rechtlos machen könne. Kollegen, es muß tatsächlich als eine Schmach bezeichnet werden, wenn die Arbeiterchaft noch länger in dieser Interesslosigkeit verharret. Wohl trägt die wirtschaftliche Krise ein gut Teil Schuld daran, denn es gibt so manchen guten Kollegen, der aus materieller Not keine Zeitung zu halten imstande ist, jeder Pfennig muß zusammengehalten werden, um des lieben Brotes willen. Aber es gibt auch so manchen, der unumwunden genug ist, die wirtschaftlichen und politischen Gegenstände nicht begreifen zu können. Es wird Aufgabe der Organisation sein, mit Eifer daran zu gehen, die Kollegen darüber aufzuklären, daß es eine unbedingte Notwendigkeit ist, wenn man sich wirtschaftlich freimachen will, sich auch in politischer Hinsicht zu betätigen, und die erste Bedingung dabei muß sein, die „Arbeiterzeitung“ zu abonnieren und zu lesen. Sobald es die Verhältnisse erlauben werden, soll eine Agitation in dieser Hinsicht vorgenommen werden. Wir hoffen, daß sich jeder aufgeklärte Kollege mit Eifer daran beteiligen wird, damit zum nächsten Jahresabschlussbericht ein besseres Resultat veröffentlicht werden kann.

Fliesenleger.

München. Die Münchner Fliesenleger stehen zurzeit in der Lohnbewegung; es wird daher jeder Kollege dringend ersucht, dies zu bezeugen. Sollte von irgend einer Firma einem Kollegen Arbeit nach hier angeboten werden, so ist dieser verpflichtet, sich bei der Section (Bismarck 12, 1. Et.) zu informieren. Es ist in letzter Zeit vorgekommen, daß sich Kollegen durch die Unternehmer nach München locken ließen, ohne sich mit der Section in Verbindung zu setzen. Witter enttäuscht mußten sie unter großen finanziellen Opfern München den Rücken kehren. Bitte sich daher kein Kollege verleiten, nach hier zu kommen, damit es ihm nicht ähnlich ergeht.

Zu den Differenzen wird uns noch folgendes geschrieben: Am 16. März mußten wir über die Firma Willerich & Koch (Eulif Straße) die Sperre verhängen, weil wir uns die tariflich festgelegten Löhne nicht nach Raune und Willkür des Unternehmers fügen lassen wollten. Der Arbeitgeberverband beschloß darauf, sämtliche Arbeiter des Fliesenlegergewerbes auszusperrten. Am 20. März wurde dieser Beschluß ausgesetzt, alle Arbeitskräfte wurden aus der Sperrung entlassen. Bei jeder Gelegenheit konnte man hören, daß Hesse der gefährlichste Konkurrent sei, daß andere Firmen nicht mehr mitmachen könnten. Hier zeigt sich, was auf solche Unternehmerrausprüche zu geben ist. Statt Herrn Hesse auf seine Pflicht, tarifgemäß zu bezahlen, zu verweisen, erklären sie sich mit ihm solidarisch, wie es die Hessemeister und Konjunktur (Arbeitgeberverband) verlangen. Die bösen Arbeiter müssen geduldet werden, wenn sie nicht billiger als tariflich festgelegt ist, ins Ausland zur Arbeit fahren wollen! Der Tarif hat für Arbeiter im Ausland eine tägliche Zulage von 3 Mark vor, und zwar bei dem gleichen Tageslohn und den gleichen Arbeitsbedingungen wie hier am Ort. Herr Hesse will diesen Lohn nicht mehr bezahlen, sondern schließt Sonderverträge ab, wonach der Lohn für das Quadratmeter Wand fast 2.80 M. 2.50 und die Auslandszulage fast 3 pro Tag 50 p. St. des Verdienstes betragen soll.

Es haben sich leider einige Arbeiter gefunden, die Herrn Hesse zu Willen sind: Franz Wietaler aus München-Hymmenburg und Louis Schäde und Will. Hesse aus Essen arbeiten in Brigen (Tirol) als Streichbrecher, sonst ruht die Arbeit auf allen Arbeitsstellen. Die Zentralverbände der Maurer und Zähler sowie die freie Vereinigung der Fliesenleger kämpfen in diesem Falle gemeinsam, um derartige Preiswucherer zu hinarbeiten. Wo würde das hinführen, wenn der Unternehmer bei jeder Gelegenheit zahlen wollte, was ihm beliebt? Die Tarife sind geschaffen, damit sie gehalten werden.

Strasbourg i. E. Im hiesigen Plattenlegergewerbe scheint es zu einem Konflikt zu kommen. Die Unternehmer haben den Vertrag zum 1. April gekündigt und stellen für den Abschluß eines neuen Vertrages die Forderung, daß sämtliche Preise des alten Vertrages herabgesetzt und auch sämtliche anderen Punkte verschlechtert werden sollen. Wenn die Plattenleger damit nicht einverstanden sind, wollen die Unternehmer für 1909 überhaupt keinen Vertrag abschließen, weil die Absicht bestünde, im Jahre 1910 für ganz Süddeutschland einen einheitlichen Vertrag zu schaffen. Die Versammlung der Plattenleger hat daraufhin einstimmig beschlossen, daß sie wohl damit einverstanden ist, Veränderungen an dem bestehenden Vertrage vorzunehmen, die die einzelnen Punkte genauer präzisieren, um Mißverständnisse in Zukunft zu vermeiden, auf keinen Fall dürfte jedoch eine Herabsetzung der bisherigen Löhne oder eine Verschlechterung der sonstigen Bestimmungen des alten Vertrages eintreten. Zugleich wurde beschlossen, auch für den Fall, daß ein Vertrag bis zum 1. April nicht zustande kommt, nur zu den Löhnen des alten Vertrages weiterzuarbeiten. Deswegen die Unternehmer auf ihrem halbjährigen Standpunkt und auf der Absicht, die Löhne zu verschlechtern, so ist der Konflikt unvermeidlich. In Strasbourg liegen zurzeit größere Arbeiten an dem Spitalneubau vor. Für diese Arbeiten suchen die Unternehmer schon jetzt Plattenleger aus, auswärts zu billigen Preisen zu bekommen, nachdem es die hiesigen Plattenleger selbstverständlich strikte abgelehnt haben, billiger zu arbeiten. Am Neubau der Kaserne haben sie dasselbe versucht. Einige hiesige Geschäfte haben Filialen in anderen Städten, wie Mannheim usw. und hoffen darauf, sie würden von dort Leute bekommen. Außerdem haben sie ihre Hoffnungen auf die sogenannten Fabrikplattenleger gesetzt. Ihr Plan geht dahin, die Arbeit im ganzen zu verlegen, um dadurch die Plattenleger zu zwingen. Hinter der ganzen Sache scheint der Arbeitgeber-

verband zu stehen. Wie schon oben gesagt, ist es dessen Absicht, einen gemeinsamen Vertrag für Süddeutschland abzuschließen. Jedemfalls beabsichtigt die Unternehmer, daß die etwas besseren Preise des Straßburger Vertrages diesen Vertragsabschluß zugunsten der Plattenleger im allgemeinen beeinflussen könnten und wollen sie deshalb herabsetzen oder den ganzen Vertrag beseitigen. Aus diesem Grunde ist es auch doppelt notwendig, daß alle Mittel angewendet werden, um diesen Plan zu vereiteln. Vor allem muß der Kampf, solange die Frage nicht erledigt ist, fern gehalten und über alles was auf die Sache Bezug hat nach Straßburg berichtet werden. Die Arbeitsverhältnisse sind günstig. Ebenfalls ist die Organisation der Plattenleger gut und es wird deshalb möglich sein, den Plan des Unternehmertums zu durchkreuzen. Hauptsache ist, daß jeder auf dem Posten ist, und daß sich kein fremder Plattenleger von den Straßburger Unternehmern einfangen läßt.

Isolierer und Steinholzleger.

Dalle a. d. S. Die hiesigen Isolierer hielten am 18. März ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. An Stelle des verstorbenen Kassierers F. Georgius wurde dessen Bruder A. Georgius, Marienburgerstraße 54, gewählt, ebenso wurde er in die Lohnkommission gewählt. Als Delegierter zum Gewerkschaftsrat wurde Kollege Sasse gewählt. Unter Verbandsausgesprochenen wurde von allen Anwesenden das Vorgehen der Hamburger Unternehmer auf das härteste verurteilt und unsere ausgesprochenen Kollegen in Hamburg die weitestgehende Unterstützung zugesichert. A. 40 wurden sofort benannt und an die Geschäftsleitung abgegeben. Nach Erzielung einiger innerer Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung. Die nächste Versammlung ist am 28. März.

Hamburg. Die Versammlung der Isolierer am 14. März beschäftigte sich eingehend mit der gegenwärtigen Lage der Aussperrung. Nachdem der Vorsitzende einige mahnende Worte an die Versammlung gerichtet und aufgefordert hatte, sich rege an der Debatte zu beteiligen, schilderte der Leiter der Bewegung, Kollege Wolf, deren bisherigen Verlauf. Zunächst die Ursache der Bewegung streifend, ging er auf das haltstarke Verhalten der Unternehmer ein, hob hervor, daß von unserer Seite alles versucht worden sei, um die Differenzen zu vermindern resp. zu beseitigen, und daß die Verantwortung für die Folgen der Aussperrung den Unternehmern zur Last falle. Beschämend sei es aber, daß Kollegen, die selbst durch das Vorgehen der Unternehmer einen Fußtritt bekommen hatten, schweigen und betteln um diesen zurückzuführen. Diese Leute sind nicht allein selbst unrein geworden, sie haben auch noch andere zu überreden versucht, mitzugehen und haben hierbei ihre Zuhörer zu Ungehörigen genommen, um ihren Treubruch zu beschönigen. Wir verlieren an diesen Leuten absolut nichts. Die Namen dieser Arbeitswilligen sind W. Sudobolski, Belsche, Petrofski und Gustav Feilenauer. Vier Arbeitswillige sind von Magdeburg gekommen; von dreien haben wir die Namen festgestellt. Es sind F. Brückmann aus Magdeburg, Fr. Wiedede aus Forsten bei Dessau und Brendel aus Halle. Alle drei haben früher bei der Filiale Rheinhold & Co. in Magdeburg gearbeitet. Kollege Wolf ersuchte die anwesenden Kollegen, frei und offen zu entscheiden, ob der bisherige Verlauf der Bewegung und die Sondbahrung der Geschäfte durch die Kommission zugunsten der Isolierer spreche oder nicht. In der sich hieran anschließenden Debatte, an der sich viele jüngere Kollegen beteiligten, waren alle für Ausdauer bis zum äußersten. Denn die Situation sei noch nicht dazu angetan, müßlos zu werden, und die vorhandenen Arbeitswilligen seien nicht geeignet, die unerfährlichen Profitierer der Unternehmer in gewöhnlicher Weise zu füllen. Auch der Geschäftsleiter, Kollege Lange aus Berlin, richtete einige ermunternde Worte an die Kollegen. Die ganze Kollegenchaft stehe hinter den Hamburger Kollegen; denn der Kampf der Hamburger Isolierer sei das Vorbild zu weiteren maßlosen Forderungen der Unternehmer. Nach Schluß der Debatte wurde eine Resolution, die eine Fortführung des Kampfes festbestimmte, einstimmig angenommen. Darauf führte Kollege Rheinhold aus, daß es Pflicht eines jeden arbeitenden Kollegen sei, in jeder Beziehung höchste Solidarität zu üben, namentlich müßten alle Kollegen überall den falschen Gerüchten, die von gewisser Seite über unsere Aussperrung verbreitet werden, ganz energisch entgegenzutreten. Die „Arbeitswilligen“ gehen mit den größten Verleumdungen vor, um ihre schamlose Handlungsweise zu beschönigen. Wenn auch den „Arbeitswilligen“ der größte Schuß zu teil würde, so könne aber keine Macht sie vor der Verachtung schützen, die jeder ehrliche Arbeiter vor ihnen empfinde. Leider haben sich die beiden Ausstößigen Sellis aus Dessau und Wegand aus Götting verurteilt lassen, hier Streichbrecherarbeit zu verrichten. Sellis kam angeblich im Auftrag der Firma Rogglin in Dessau herüber, um für diese Firma Arbeiten fertigzustellen. Als er aber von dem Streichbruch erlapp wurde, verbrach er uns, abzureufen, hat es aber leider nicht getan, sondern arbeitet weiter. Wegand kam aus blauen Dumm hierher; als wir ihn abgefangen hatten, kam er zu uns und verschaffte sich andere Arbeit. Unter Hinweis auf die Bedeutung des Versammlungsbeschlusses schloß der Redner mit einem feurigen Appell an die Versammelten seine Ausführungen.

Im Anschluß hieran geben wir die ausstreichenden Firmen bekannt. Dieselben sind: Grunzweig & Hartmann, Haake & Co., von Wönnington, Rheinhold & Co., Isolierwerk „Dokant“ und Willbrandt & Co. Diese Firmen gehören dem Arbeitgeberverband an, der den Tarifstreik seiner Mitglieder aufhebt und unterstützt. Von uns sind gelistet die Firmen: Steinbecker Isolierwerk, Inhaber Heiden & Grossmann, und E. Santer, Elsfasser 57, weil diese die von uns liegende Arbeit fertigstellen. Trete dort kein Isolierer in Arbeit! Gleichzeitig ersuchen wir alle Bauhandwerker, die an ihren Arbeitsstellen mit Isolierern zusammenstehen, diese nach ihrer Legitimierung zu fragen. Namentlich aber bitten wir die Bauhandwerker, den Streichbrechern nicht mit Arbeitsgeräten (Wägen, Röhren oder Eimern sowie Werkstoffen) auszuweichen, da sie sonst den Streichbruch begünstigen.

Leipzig. Die letzte Mitgliederversammlung der hiesigen Steinholzleger im Volkshaus war, wenn man in Betracht zieht, daß ein sehr großer Teil der Kollegen ständig auf Montage arbeitet, recht gut besucht. Es sei aber an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß jeder Kollege, sobald er sich auswärts auf Montage befindet, verpflichtet ist, sofort seine Adresse an den Vorstand einzugeben, und wenn er wegen der weiten Entfernung an den Versammlungen nicht teilnehmen kann, sich durch eine Karte zu entschuldigen. In Abwesenheit des 1. Vor-

sitzenden leitete der Kollege Muppert die Versammlung und erstellte zum ersten Punkt dem Kollegen Ränge-Wertlin das Wort. Derselbe wies eingehend seine Rede auf die zurzeit in unserem Berufe herrschende Arbeitslosigkeit hin, die sich in diesem Jahre sehr hart, besonders bei den Isolierern, fühlbar machte. Dieses machte sich auch den Unternehmern überall rechtlich zunutze, die Aussperrung in Hamburg ist lediglich darauf zurückzuführen. Wäre die Konjunktur nicht so schlecht, dann würden es sich die Hamburger Unternehmer sicher erst noch einmal überlegt haben, den Tarif in dieser probatorischen Weise zu brechen. Es zeige sich immer öfter, daß dieser Gewaltstreik in Hamburg von dem organisierten Unternehmertum längst vorbereitet war und daß auch die Berliner und die Unternehmer in anderen Orten das Vorgehen ihrer Hamburger Kollegenoffen vollständig gut hießen. Der Vorsitzende des Berliner Unternehmerverbandes habe in einer Sitzung wörtlich gesagt, daß sie zu geeigneter Zeit selbst nachhelfen wollten. Diese Drohungen aber dürfen uns durchaus nicht schrecken; denn ein allgemeiner Angriff der Unternehmer könne nur unter neuen Tarif- und Wortbrüchen vor sich gehen und würde unsere Position, die sich besser, je mehr wir uns dem Frühjahr nähern, nur noch günstiger gestalten. In der Diskussion wurde das Verhalten der Unternehmer auf das härteste verurteilt. Es wurde beschlossen, bis auf weiteres einen Erntelieferanten von M. 1 pro Woche zu erheben; wer aber nur drei Tage und noch weniger in einer Woche arbeitet, hat nur 50 p. zu entrichten. Den auswärts arbeitenden Kollegen soll durch den „Grundstein“ hierüber Kenntnis gegeben werden. Alsdann verlas der Obmann der Lohnkommission einen neu ausgearbeiteten Tarifentwurf, dem die Anwesenden nach einigen kleinen Veränderungen im Prinzip zustimmten; er soll der zu demnächst stattfindenden Generalversammlung zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden. Zum Schluß gab der Delegierte vom Gewerkschaftsrat, Kollege Brinke, seinen Tätigkeitsbericht. Die nächste Versammlung findet am 27. März statt.

Die Gelben vom Bau in Berlin.

Einen vollkommenen Einblick in das Treiben der gelben Bauhandwerkerorganisationen gewähren uns einige Mitteilungen über eine Versammlung des Bauhandwerkerbundes von Berlin, die am 26. Februar stattgefunden hat. Die Versammlung mußte zunächst einen ersten Vorsitzenden wählen. Der bisherige Inhaber dieses ehrenvollen Postens, ein Mensch namens Sandmann, hatte sich des hohen Vertrauens unwürdig gezeigt. Man wählte den sehr ehrenwerten Herrn Wuchlow, der sich bisher mit der zweiten Nummer begnügen mußte. Als das Resultat heraus war, gab's eine kleine Heberaufregung: Herr Sandmann erklärte seinen Austritt und erklärte weiter, daß er mit 20 Mann eine neue Organisation zu gründen gedenke, denn der Bauhandwerkerbund würde immer — tot! Darauf erglitz das Wort Bürger Rebus. Er lud also an das gelbe Kartell den Bürger Sandmann als ersten Vorsitzenden ein, weil er persönlich mit Herrn Dr. Wieland bekannt war und somit mit dem Verband der Baugeschäfte in Verbindung stand. Er war mit dazu noch von Dr. Wieland empfohlen worden. Gütte ist gewußt, daß er erst 21 Jahre alt ist, so hätte ich entschieden abgesehen; ich hielt ihn für mindestens 28 bis 30 Jahre. Sandmann war zu unerfahren, aber auch zu egoistisch. Er hat uns beim Verband der Baugeschäfte so angeschlossen, daß er uns den Stuhl vor die Tür gesetzt hat und auch das Verleihen von 250 zurückverlangt. Ich war heute Abend dort, bin aber recht ungnädig empfangen und noch ungnädiger entlassen worden. Meine Vorstellungen, daß der Verein jetzt nicht das Geld zurückzahlen könne, waren erfolglos. Sie müssen selbst vorstellig werden, weiter kann ich ihnen keinen Rat geben. Man sagte mir dort noch, wir sollten wiederkommen, wenn wir 1000 Mitglieder haben, dann wollte man einen Tarifvertrag mit uns abschließen. Was dahin haben sie nichts mehr mit uns zu tun. Sandmann hat uns so heruntergemacht, daß wir jetzt ganz halt gestellt sind. Wir müssen versuchen, wieder die Gunst der Herren zu gewinnen. Jetzt erhielt der Kassierer Ruch das Wort: Meine werten Bürger! Bürger Rebus hat darin zweifellos recht: wir können das Geld nicht zurückzahlen. Fragen sie mich nicht warum, sondern beugen sie sich der etwas unangenehmen Tatsache, daß wir nur noch 2.50 (gepfunden zwei Mark fünfzig Pfennig) in der Kasse haben. Die betrugten 2.50 vom Verband der Baugeschäfte sind in sicheren Händen. Sie liegen in unserer Kasse. Ich könnte sie erheben, aber ich brauche dazu die Unterschriften der Bürger Drese und Sandmann. Die Unterschrift Sandmanns habe ich ihm abgefordert. (Stürmischer Beifall, minutenlange Hochrufe.) Aber wir können das Geld nicht fortgeben, denn wir brauchen es zur Auszahlung der Krankenunterstützung. Beim Bürger warten auf ihr Krankenlohn und ihre Ansprüche betragen gerade 2.50. Ich stelle es ihrer Entscheidung anheim, und ich weiß, sie werden die richtige treffen: sollen wir die 2.50 zum Verband der Baugeschäfte zurücktragen, oder sollen wir sie zu unserer Unterstützung verwenden? (Stürmische Rufe: Krankenlohn auszahlen! Ins Elend! Schreiben und dann nichts geben! Woan geben uns die Unternehmer das Geld?) Es wird so beschlossen.

Dann erhielt Bürger Ruch noch einmal das Wort, um lebhafteste und bewegteste Rede über den Arbeitsnachweis zu führen. In der letzten Zeit seien überhaupt keine Bürger mehr angestellt worden. Sie hätten jetzt 400 Arbeitslose. Die Unternehmer müssen uns mehr helfen, sonst können wir nicht bestehen. Der Bauhandwerkerbund ist so schon halb in der Auflösung begriffen. Nun muß ich noch auf unsere Hilfskassierer kommen. Werte Bürger, es ist ein Elend. 2.40 stehen bei diesen noch aus. Der eine hat Miete gezahlt, der andere hat Geburtstag gefeiert. Ich zweifle, ob wir von diesem Gelde überhaupt noch einmal etwas wiedersehen.

Dann erhielt Bürger Ruch noch einmal das Wort, um Ruch noch einmal beteuerte, daß er noch über 2.50 vorfüge. Um den Jammer voll zu machen, wußte man auch noch, der Wirt von den „Königsjulen“ auf Schwabenerplatz haben, weil man den geplanten Maschinenbau viel Tage vor dem angesetzten Termin abgelegt hatte. (Große Entrüstung.) Unter „Verdrübenes“ fragte ein junger Mensch, bei ansehnlicher früher einmal bessere Zeiten gesehen hatte, warum der Bund Streichbrecher nach Nordenham bemittelt hätte, und ob man diese Latzli beibehalten wolle. Sofort

erhob sich Bürger Lebins und schrie: Verlornter Vater! Nun sollte der junge Mensch Farbe bekennen. Er sagte, daß er es mit seiner Ehre nicht vereinbaren könne, dort zu arbeiten, wo seine Kollegen streikten oder ausgebeutet seien. Auch der Bauhandwerksbund dürfe das nicht gutheißen, sonst sei er ein Streikbrecher und dann könne er ihm nicht länger angehören. Der Kassierer sagte dann, daß die in Nordenham zurückgebliebenen Streikbrecher einen gelben Streikband getragen hätten, sie hätten Blücher und Marx verlangt und er hätte auch schon etwas hingefand; nun wolle er wissen, ob er noch mehr hinfenden solle. Der junge Mensch wendete sich nochmals dagegen und siehe da: sogar in diesen verhärteten Gemütern hatte die Stimme der Solidarität ein Echo gezeitigt; die Mehrheit entschied sich für die Ansicht des jungen Mannes. Bei diesem Beschluß war es um Lebins Ruhe geschehen; er lief wie ein Besessener auf und ab und schrie fortwährend: Verlornter Vater! Verlornter Vater! Damit schloß die Versammlung, die von ungefähr 70 bis 80 Mann besucht war.

Winteragitation in Italien.

Das in Köln erscheinende Blättchen „L'italiano in Germania“, italienisches Organ der christlichen Gewerkschaften, behandelt in seiner Nummer vom 14. März, die in meinem Artikel in Nr. 9 des „Grundstein“ die christlichen Gewerkschaften für die Ausstellungen des Professors Wobli verantwortlich gemacht. Jeder, der den betreffenden Artikel gelesen hat, wird bestätigen können, daß das einfach nicht wahr ist. Ob nun der Redakteur des „L'italiano in Germania“ nicht deutsch versteht, oder ob er willkürlich die Tatsachen verdreht, will ich dahingestellt sein lassen. Auf jeden Fall nehme ich an, daß sich die Redaktion der „Baugewerkschaft“ nicht an den Herrn Artikelreiber der „L'italiano in Germania“ gewandt hätte, um die christlichen Gewerkschaften zu verteidigen, wenn ich sie wirklich angegriffen hätte.

E. Hoff.

Zentralfrankenkasse.

(„Grundstein zur Einigkeit“.)

In der Woche vom 14. bis 20. März sind keine Beträge eingegangen. Als Zuschüsse abgegangen: Kiel 1.600, München 500, Altona 400, Karlsruhe in Baden 800, Wölz 1. Bonmern 400, Deutsch-Wissa 200, Münster i. Westf. 200, Alt-Wieslin 200, Frechenbach 200, Lippoldswiller 150, Wiltzburger 150, Neuhans a. d. E. 150, Dessau 100, Wesselsleben 100, Münden 1. Samt. 100, Elrich 100, Dresden-Streifen 100, Gafel 100, Strahburg im Elßah 100, Hörde 100, Elbing 75, Wierstadt 50, Niederbreitig a. Rh. 25. Summa M. 4400.

Altona, den 22. März 1909.

Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Zur Beachtung!

Die Formulare zur Abrechnung des 1. Quartals d. J. nebst Verbandsverzeichnisse, sind an die örtlichen Verwaltungsstellen versandt worden, sollten diese in irgend einer Hinsicht nicht eingetroffen sein, erluden wir um sofortige Benachrichtigung.

Der Vorstand.

S. A.: Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionsen &c.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Eöln. Im nahen Ring ist am 18. März wieder ein Bau, der bis zum dritten Stockwerk war, zusammengeknirscht, wobei drei Mann verunglückten. Es ist dies in ganz kurzer Zeit der zweite Baueinsturz; denn erst kürzlich fiel am Königsplatz die Vorderfront eines Gebäudes, das bereits bis zum Dachstuhl fertig war, zusammen. Auch in diesem Falle liegt zunächst ein Konstruktionsfehler vor, indem die Träger, die im Erdgeschoß über den Schaufenstern lagen, nur 14 cm statt mindestens 25 cm Auflage hatten. Sings kommt dann noch, daß man ein miserables Material verwendet hat; denn der Sand ist schon mehr Lehm als Sand und die Ziegelscheibe nichts als Stücken, so daß der Zusammenstoß unvermeidlich war. Der Bau wird von einem gewissen Groß ausgeführt. Die Kölner Plattenleger kennen diesen Groß sehr gut, denn noch bei dem letzten Plattenlegerstreik sowie auch schon früher, hat er es verstanden, seine Plattenlegerkollegen zu verraten, indem er sich als sogenannter Plattenlegermeister etablierte und als solcher mit mehreren nützlichen Elementen den Plattenlegern viel zu schaffen machte. Jetzt baut er, um sich auf diese Weise ein lautes Leben auf Kosten anderer zu verschaffen. Den Bau hat er wieder an einen gewissen Franz, der nicht einmal Maurer sein soll, in Auftrag gegeben. Da ist es denn leicht erklärlich, daß Unkenntnis und Profitgier Situationen schaffen, die Menschen zu Krüppeln machen und Menschenleben vernichten.

* **Bürgerliche Sachverständigenrat.** Die bürgerliche Presse vertritt in ihrer großen Mehrheit die Ansicht, daß dem Arbeiterstand, nichtsohinweniger gefüllt, sei sich aber in mehr oder weniger absperrenden Arteilen über die Forderungen der Arbeiter. Das trifft selbst für sogenannte große bürgerliche Zeitungen zu. Die „Magdeburgerische Ztg.“ brachte kürzlich eine kleine Notiz über den Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten im preussischen Landtage auf Anstellung von Baukontrolloren aus dem Arbeiterstand. Dabei schreibt die Blatt:

„In Süddeutschland, wo angeblich bereits solche Arbeiterkontrolloren bestehen, hat die Einrichtung nicht dazu geführt, die Unfälle auf den Bauten zu verringern.“ Das Blatt weiß also nicht genau, ob die Einrichtung der Arbeiterkontrolloren in Süddeutschland wirklich besteht, denn es schreibt von „angeblich“; es hat mal davon

gehört, weiß aber nicht, ob es wirklich wahr ist. Aber das weiß es, daß diese Einrichtung nicht zu einer Verringerung der Unfälle geführt hat! Mit einer solchen Oberflächlichkeit behandeln führende Organe der bürgerlichen Parteien die Arbeiterforderungen! Der alte Schwabe Ogensterna soll einmal zu seinem Jungen gesagt haben: Du glaubst gar nicht, mein Sohn, um wieviel Dummheit Politik getrieben wird. Er hatte Recht, nur sollte man neben der Dummheit auch noch die Anmaßung nennen.

Aus Unternehmerkreisen.

* **Weitere Forderungen der Bauarbeiter.** Nach einer Zeitungsmeldung hat eine von 70 Vertretern der angeschlossenen Unterverbände besuchte Vorstandssitzung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet folgenden Beschluß gefaßt:

„Die von etwa 70 Ortsverbänden besetzte Vorstandssitzung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten ist der festen Überzeugung, daß mit der Einrichtung der unter § 3 Abs. 5 der Satzung vorgesehenen Arbeitgeber-Arbeiternachweise nicht mehr länger gewartet werden darf. Der Arbeitsnachweis soll deshalb mit dem 15. April d. J. eröffnet werden. Bis zu dieser Zeit ist von jedem Mitgliede der Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes ein Verzeichnis der in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiter einzureichen. Seitens der Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes wird in Gemeinschaft mit den Ortsverbänden des Verbandes die Möglichkeit der verschiedenen Ortsverbände unterzogen, die Richtschnur gegeben, in welcher Weise die Einrichtung des obligatorischen Nachweises für den Ortsverband oder für mehrere vereinigte Ortsverbände geschehen ist. Da die Zeitverhältnisse für Errichtung eines Nachweises augenblicklich die günstigsten sind, ein Sinausstellen dieser Einrichtung für die Bundesmitglieder die nachteiligsten Folgen haben kann, muß es jedes Mitglied als Ehrenfache betrachtet, dieser neuen Einrichtung sein ganzes Interesse entgegenzubringen.“

Das beschließt vollumfänglich in der vorigen Nummer gedruckten Vermutungen. Man will den Zudrang zu den Arbeitsstellen jetzt benutzen, um den Arbeitern das Joch der Gefinnungskontrolle aufzuliegen. Wir werden uns demnach mit den Arbeitsnachweisen im deutschen Baugewerbe ausführlich befassen.

Gewerkschaftliches.

* **In der Leitung der französischen Gewerkschaften** ist ein Personenwechsel vor sich gegangen. Der bisherige Generalsekretär der C. G. T. (Generalcommission der französischen Gewerkschaften), Griffuelhes, ist von seinem Posten zurückgetreten und, bei der Neuwahl ist Niel gewählt worden. Diese Wahl gilt als ein Sieg des modernen Gewerkschaftsgeistes über den Syndikalismus. Aus früheren Veröffentlichungen wissen uns Leser, daß die französische Gewerkschaftsbewegung seit Jahren im Jahrwasser des revolutionären Syndikalismus segelt, mit großen Worten und vielem guten Willen, aber mit wenig Glück und Gehalt gegen den Kapitalismus kämpft und im übrigen der Tummelplatz heftiger Meinungskämpfe ist. Eine gesunde Reaktion gegen diesen Zustand ging von einigen Gewerkschaften, den Buchdruckern, Bergarbeitern u. a. a. aus, deren Aktion sich naturgemäß auch gegen die Leitung der Konföderation richtete. Als Griffuelhes von seinem Amt angeblich aus persönlichen Gründen zurücktrat, stellten auch die Vertreter der modernen Gewerkschaften ihren Kandidaten für den Posten auf, der dann im zweiten Wahlgange mit knapper Mehrheit gewählt wurde. Es haben allerdings auch Vertreter von Gewerkschaften für Niel gestimmt, die man nicht ohne weiteres der neuen Richtung zu rechnen darf; aber gleichwohl bedeutet die Wahl einen großen Erfolg der „Reformisten“, der noch vor einem Jahre ganz unmöglich gewesen wäre. Unter andern haben auch die Bauhelferarbeiter gegen Griffuelhes votiert, die sonst als eine Stütze des Syndikalismus zu betrachten waren. Diese Tatsache erklärte Griffuelhes so:

„Ich hatte eben seit einem Jahre gegen die Bauarbeiter Recht mit meiner Kritik ihrer tumultuarischen Agitation. Ich habe mich mit Händen und Füßen gegen die unnützen und gefährlichen Demonstrationen gestraut, die zweimal der Regierung die Gelegenheit zu einem Arbeitermord gewährten. Die Demonstration der Bauarbeiter von Villeneuve-Saint-Georges, die am 30. Juli zu der Schieberei führte, fand trotz meines energischen Widerstandes statt. Tags darauf kamen die Führer des Baugewerbes leidenschaftlich und rasselnd zu mir und baten mich um Rat, um die bösen Folgen ihrer tumultuarischen Streikaktion und des Arbeitermordes von ihrer Organisation abzuwenden. Ich habe ihnen da dringend geraten, auf weitere Demonstrationen auf der Straße zu verzichten.“

„Diese Ausrufung läßt die Auffassung Griffuelhes über Gewerkschaftstatistik in einem ganz neuen Lichte erscheinen, ebenso seine weiteren Äußerungen.“

„Ich habe stets gegen den Anarchismus in den Gewerkschaften Front gemacht und verwerfe auch die herbeistühende Taktik der Gewalt. Ich weiß wohl, daß die deutschen Kollegen und Genossen mir vorwerfen, einer loslosen Agitation das Wort geredet zu haben. Das ist aber grundfalsch. Ich bin stets gegen die gewalttätigen Streikdemonstrationen und gegen die lärmenden Streiks gewesen und habe stets auf die Aufklärungswirkung und die Organisation einen sehr großen Wert gelegt. Ich weiß nur zu gut, daß der Klassenkampf harter Organisationen und gefüllter Kassen bedarf und bin stets für die hohen Beiträge eingetreten. Gerade Herod wirkt mir heftig meine Gegnerschaft gegen die anarchische Agitation in den Gewerkschaften und gegen die Anwendung der Gewalt, gegen die lärmenden Streikdemonstrationen vor. Meiner Meinung nach steht Herod auf einem rein politischen Standpunkt, während wir uns um den wirtschaftlichen Kampf kümmern. Herod ist ein Revolutionskomplottier, während

unser Taktik durchaus realistisch ist. Ich und meine Freunde haben bei Streiks uns stets dem Lärm und dem Gebrauch der Gewalt widersetzt.“

Griffuelhes will sich jetzt von jeder leitenden Tätigkeit zurückziehen. Er rechtfertigt das so:

„In den französischen Gewerkschaften, die seit drei Jahren eine Reihe von großen Kämpfen durchgemacht haben, wird jetzt eine Periode der Ruhe eintreten, während der neue Kräfte gesammelt werden müssen. Der Generalsekretär hat da nur eine rein bürokratische Tätigkeit. Ohne Kämpfe aber werden auch keine Erfolge errungen werden, und ich wäre für diese Ruhe, für dieses Ausbleiben weiterer Erfolge verantwortlich gemacht worden und hätte die beschärften Angriffe ausstehen müssen. Obwohl ich zwar vor dieser Verantwortung nicht die geringste Angst habe, schien es mir doch klüger, angesichts der äußerst heftigen Angriffe, die gegen mich gerichtet worden sind, zurückzutreten und damit den Beweis zu liefern, daß ich nicht von persönlichem Ehrgeiz getrieben bin. Jetzt werden wohl diese Angriffe ausbleiben. Ich bleibe Mitglied des Generalcomitees und werde Arbeit suchen als Schlichter.“

Im übrigen glaubt Griffuelhes nicht, daß sein Nachfolger der Konföderation eine andere Taktik zeigen könnte. Die Leitung läge nicht bei den Funktionären, sondern bei den organisierten Massen. Es ist natürlich nicht alles wörtlich zu nehmen, was Griffuelhes von sich und der französischen Gewerkschaftsbewegung sagt. Es mag sein, daß manches Mißverständnis die Unterschiede zwischen uns und den französischen Gewerkschaften hat größer erscheinen lassen als sie in Wirklichkeit sind, aber alles Gerade ändert nichts daran, daß diese Wahl eine Mehrheit von der Taktik bedeutet, die in Griffuelhes ihren hervorragendsten Repräsentanten hatte.

Soziales.

* **Lothausauf.** Die organisierten Baunnternehmer der Provinz Posen haben an sämtliche bauende Behörden der Provinz eine Eingabe geschickt, worin sie beantragen, daß in Zukunft in die Bauverträge eine Bestimmung aufgenommen werde, daß der Unternehmer seinen Arbeitern die Löhne zu zahlen habe, die der betreffende Arbeitgeberverband mit den Gewerkschaften vertraglich vereinbart hat. Mehrere Behörden haben sich darauf die Angelegenheit der Unternehmerorganisation eingefordert. Die Unternehmer sind durch die Unternehmungen fremder Unternehmer bei den Verhandlungen zu ihrem Schritte veranlaßt worden.

* **Einem kleinen Auszug zum Schutze der Arbeitsbedingungen** hat die Stadt Essen, in ihrer neuen Submissionsordnung gemacht. Die Aufgabenteilung wird wie folgt begrenzt: Es sind nur solche Bewerber zu berücksichtigen, welche für die bedingungsgehemte Ausführung sowie für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Handwerkern und Arbeitern die erforderliche Sicherheit bieten; Bewerber, von denen der Verwaltung bekannt ist, daß sie ihre Vertragspflichten bei der Krankheit, Unfall- und Unfallschadenversicherung vernachlässigen oder in ihrem Betriebe eine über das übliche Maß hinausgehende Arbeitszeit eingeführt haben, oder ihren Arbeitern Löhne zahlen, die hinter dem orts- und berufsüblichen Tagelohn zurückbleiben, sind ausgeschlossen. Der Briefe fordert, die in offenbarem Mißverhältnis zu der Leistung oder Leistungserwartung erwarteten Preise an und für sich keine gute Ausführung erwartet werden kann, soll nur den Zuschlag bekommen, wenn er als zuverlässig und leistungsfähig bekannt ist, sich an Erörtern einer Sicherheitsleistung von 10 pSt. der Angebotssumme bei eventueller Aufgabenteilung bereit erklärt und auf Anfrage ausreichende Gründe für das auffallend niedrige Angebot bringt, oder durch eine von ihm einzuliegende Kalkulation die Möglichkeit einer guten Verrichtung glaubhaft macht. Im Falle gleicher Preisstellung sind einheimische Gewerbetreibende vorzugsweise zu berücksichtigen, wenn sie die Arbeiten an eignen Betrieben ausführen.

* **Mergle und Krankenkassen.** In Köln a. Rh. streiten seit dem 1. Februar die Kassenärzte. Der Streik hat ungewöhnliches Aussehen erregt und ist sogar Veranlassung zu einer wichtigen Äußerung des Staatssekretärs über den Mißbrauch des Koalitionsrechts gewesen (vergl. Politische Umschau in Nr. 9). Er kann jetzt als beendet angesehen werden; es ist den Kassenverwaltungen gelungen, genügend Ärzte zu gewinnen, die trotz dem Streikbeschlusse des Ärzteverbandes für die Kassen tätig sind. Der Leipziger Mergleverband hat eine empfindliche Niederlage erlitten. Eine große Versammlung der Kassenärzte und -Mitglieder nahm nach einem Referat Präbörers (Vorsitzender des Verbandes der Krankenkassen) eine Resolution an, in der es u. a. heißt:

„Die Versammlung muß die Schuld an dem vom Bau gebrochenen Streik der Kölner Mergle allein dem Ärzteverband zuschreiben, der, gestützt auf seine Macht, auf dem unüberführbaren Prinzip der organisierten freien Arztwahl, wodurch die Kassen in der Hauptsache vom Ärzteverbande beherrscht und der Gefahr des finanziellen Ruins ausgesetzt werden, festhielt und die unter dem Zwange ehrenmüßiger Verpflichtung stehenden Kölner Mergle nicht frei geben wollte, so daß diese Mergle, um nicht einer berufsständischen und gesellschaftlichen Achtung seitens des Ärzteverbandes anheimzufallen, schweren Herzens auf den Abbruch von Verträgen mit dem Krankenkassenverbande verzichteten. Die Versammlung bricht dem Staatssekretär ihre volle Sympathie und Zustimmung aus zu den treffenden Worten, die er in der Sitzung des Reichstags vom 5. Februar 1909 über die Auswüchse des Koalitionsrechts innerhalb des Mergleverbandes und die Vorkämpferung Kranker und Sterbender gesprochen hat. Die Versammlung erwartet, daß gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, die den Kassen einen wirksamen Schutz vor Vergewaltigungen durch den Ärzteverband gewährleisten, und wodurch die eine schwere Schädigung der Allgemeinheit bedeutenden Ersparnisse, wie sie durch den unter mißbräuchlicher Benutzung des Ehrenwortes ausgeübten Terrorismus des Ärzteverbandes hervorgerufen sind, für die Folgezeit ausgeglichen werden. Die Versammlung erkennt die von den Aufsichtsbehörden geübte Neutralität an und weist den neuerdings wieder

gemachten Versuch des Arbeitgeberverbandes, in den entstandenen Streit politische Momente hineinzutragen, entschieden zurück. In Götting stehen Schlichter an Schlichter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung, in Osts., Betriebs- und Innungs-kantonslisten einträchtig zusammen. Sie alle sind sich bewußt, daß der Kampf geführt werden mußte, um die Krankenkassen ihrem sozialen Zwecke zu erhalten.

Die Ärzte sind in einem von ihnen angefangenen Kampfe unterlegen, und das ist gut; denn auf ihre Forderungen kann sich tatsächlich keine Kasse einstellen, die ihrer Pflichten gegen die Mitglieder eingedenk ist. Uns interessiert indes hier die Wendung von den Auswüchsen des Koalitionsbewusstseins. Sie ist geeignet, unangenehme Irrtümer herbeizuführen, und es ist deshalb angebracht, einige Worte darüber zu sagen, ehe die Feinde der Arbeiterkoalition die Schlagwörter für ihre Zwecke mißbrauchen. Natürlich kann auch das Koalitionsbewusstsein seine Auswüchse haben; jede, auch die beste Sache ist der Gefahr ausgesetzt, durch Mißbrauch kompromittiert zu werden. Es gibt eben überhaupt nichts in der Welt, was absolut und unter allen Umständen gut wäre. Auch das Koalitionsbewusstsein ist uns kein Feind (Gegenstand blinder Verehrung).

In diesem Falle handelt es sich um das Koalitionsbewusstsein der Ärzte, das dessen Auswuchs man den Streiktreif bezeichnet. An und für sich ist der Streik aber kein Auswuchs, sondern ein wichtiger Teil des Koalitionsrechts. Was könnte uns unser Koalitionsrecht ohne das Streikrecht sein? Nichts, höchstens Dekoration. In den Augen der Schwärzler ist jedoch auch unser Streikrecht ein Auswuchs, ja, das ganze Koalitionsrecht ist für sie ein schändliches Ding. Man muß darum, wenn man bei den Ärzten von solchen Auswüchsen redet, genau wissen, warum man es tut. Man führt gewöhnlich humanitäre Gründe dafür ins Feld. Die ärztliche Tätigkeit ist nicht mit der der Arbeiter zu vergleichen; ärztliche Hilfe ist nicht, worauf man warten oder ganz verzichten kann. Die durch Einstellung der Tätigkeit von Ärzten verursachten Schäden sind wirtschaftlicher Art und können entweder ganz oder teilweise wieder gut gemacht werden. Die Schäden, die aus der Einstellung der ärztlichen Tätigkeit entstehen, betreffen die Volksgesundheit und können häufig überhaupt nicht ausgeglichen werden. Es kommt noch hinzu, daß die Verweigerung der ärztlichen Hilfe Leute trifft, die auf die Gestaltung des Konflikts keinen Einfluß haben, gegen die sich der Kampf der Ärzte gar nicht richtet; denn der richtet sich gegen die Klassenverhältnisse, aber nicht gegen die Kranken. Doch bleiben wir bei den ersten Gründen, bei der ganz anderen Art der ärztlichen Tätigkeit. Denn daraus leitet sich die gewerbetrechtliche Ausnahmestellung der Ärzte ab.

Diese Ausnahmestellung ist es, die den Ärzten das Koalitionsrecht zu einem Auswuchs des Koalitionsbewusstseins macht.

Auf die Art der Ausnahmestellung brauchen wir nicht näher einzugehen; es genügt der Hinweis auf die Ständegesetzgebung, die Approbation und die staatsrechtliche Festsetzung der Honorare. Die Ärzte sind dadurch vor unlauterer Konkurrenz geschützt, und dieser Schutz auf der einen Seite muß vernunftgemäß den Verzicht auf das Streikrecht bedingen. Daraus rechtfertigt sich das in der angeführten Göttinger Resolution verlangte Eingreifen der Gesetzgebung. Man brauchte das nicht zu verlangen, wenn man hoffen dürfte, daß sich die Parteien von selbst zu dauernden Verträgen aufzusuchen, und wir wollen bemerken, daß wir unsreits daran noch nicht für alle Zukunft zweifeln. Auf jeden Fall wäre das für den Geist unserer Versicherungsgesetzgebung besser als der Eingriff des Staats.

Nach diesen Darlegungen ergibt sich von selbst, daß man das neue Schlagwort von den Auswüchsen des Koalitionsbewusstseins nicht auf die Landarbeiter oder die Arbeiter in den gemeinnützigen Betrieben (Staatsarbeiter usw.) anwenden kann. Denn diese Arbeiter sind heute so recht und schulpflos, daß für sie das Streikrecht eine Notwendigkeit und seine Verweigerung eine soziale Unmoralität ist.

Wahlen. In Kassel wurden nach dem Mehrheits-system die Kandidaten des Gewerkschaftsrates mit 3478 Stimmen glatt gewählt. Die vereinigten Gegner (Christliche, Evangelische, Kirche, Dürndorfer und Vermeister) brachten es nur auf 142 Stimmen. Also bei Verhältniswahlen hätten sie noch keinen halben Beisitzer bekommen!

Soziale Rechtspflege.

In ein Tarifvertragsstempelgesetz? Mit dieser Frage hat sich am 11. März das Schöffengericht Hannover zu befassen. Während des Streiks der Steinleger kam es zwischen einer Kommission der Arbeiter und den Unternehmern zum Abschluß eines Tarifvertrages, der den Streik beendete. Die beteiligten Unternehmer und die Kommissionenmitglieder der Arbeiter erhielten dann Strafbefehle wegen Stempelhehnerhinterziehung gestellt, worin ihnen vorgeworfen wurde, daß sie den Vertrag nicht mit dem vorgeschriebenen Stempel versehen hätten. Sämtliche Unternehmer bezahlten die ihnen auferlegte Geldstrafe, während die Arbeiter gerichtliche Entscheidung herbeiführten. Das Schöffengericht erkannte auf kostenlose Freisprechung der Arbeiter, wobei folgendes ausgeführt wurde: „Ein Koalitionsvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei als ein stempelpflichtiger Vertrag nicht zu erachten. Ein solcher Vertrag habe keine rechtlich bindende Verpflichtung, er sei zum Beispiel nicht einklagbar. Ein solcher Vertrag sei mehr als eine Vereinbarung anzusehen; von dem man beliebig beiderseits zurücktreten könne. Eine solche Vereinbarung sei aber nicht stempelpflichtig.“ Hoffentlich hören diese dummen Scherereien nun bald auf.

Polizei und Gerichte.

Wie man Streikposten behandelt. Am 25. September vorigen Jahres, gelegentlich der über die Firma Jensen in Düsseldorf verhängten Bauverweigerung, erschien auf der Baustelle des Blechwalzwerks in Düsseldorf-Neugestadt der Streikbrecher Heinrich Kirchhoff aus Rath, jetzt wegen Diebstahls auf ein Jahr im Gefängnis, bei dem Polier Durst und gab an, er sei von

einem der Streikposten mit Namen Blum belästigt und bedroht worden. Lange suchte die Behörde nach einem Maurer Blum, und als ein solcher nicht zu finden war, wurde der Maurer Ludwig Blum aus Düsseldorf, der an dem Bau auch Streikposten gehalten hatte, unter Anklage gestellt. Im Gefängnis mußte Blum einige Male vorprechen, um dort den inhaftierten arbeitswilligen Kirchhoff gegenüber gestellt zu werden. Trotzdem der Arbeitswillige über die Person des Blum nichts bestimmtes sagen konnte, wurde die Anklage gegen Blum wegen Streikvergehens weiter verfolgt. In der Verhandlung am 18. März vor dem Schöffengericht in Düsseldorf wiederholte der aus dem Gefängnis vorgeführte Streikbrecher seine Aussage, er könne in dem Angeklagten die Person, die ihn am 25. September unter Drohungen bewegen wollte, die Arbeit niederzulegen, nicht mehr wiedererkennen. Auch ein zweiter Zeuge war nicht in der Lage, etwas Bestimmtes gegen den Angeklagten Blum vorzubringen. Mangel Verweises lautete das Urteil dem Antrag des Staatsanwalts gemäß auf Freisprechung. Durch seinen Verteidiger ließ der Angeklagte den Antrag stellen, ihm aus der Staatskasse die Arbeitsverweigerung zu vergüten, die für ihn durch die verschiedenen Gegenüberstellungen mit dem Arbeitswilligen Kirchhoff entstanden seien. Der Antrag wurde abgelehnt und zur Verurteilung u. a. ausgeführt, Streikpostenfunktion sei allerdings erlaubt, der Angeklagte mußte sich aber klar sein, daß es schädliche Folgen haben könne, daß seine auch die jetzige Anklage. Das Gericht war also der Meinung, daß sich jeder Streikposten gegen einen, der nicht unter einem Ausnahme-recht. Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“, (Stuttgart, Paul Singer), Heft 25 des 27. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Dr. Fall Frenzel. — Die verdorbene Suppe. (Das Fagil der Maffaffäre.) Von A. Trost. — Die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Aufgaben der Landarbeitergewerkschaft. Von A. Hofer (Groß-Schäfersing). — Eine Reform unserer Ernährung? Von Dr. med. A. Vipschig. Dazu das Heftchen der „Neuen Zeit“ Nr. 15.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Buchhändler und Kioskhändler zum Preise von M. 3.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten.

Berlin, Bez. W. Veranlassungsanzeige. Ich bin zu spät. Fr. A. in Sp. 1. Tugend eine geistliche Bestimmung, die den Unternehmer daran hindert, besteht nicht. 2. Die auf das Unfallversicherungsrecht begründeten Ansprüche müssen in zwei Jahren geltend gemacht werden.

S. K. in P. B. Das Recht zur Pfändung hat er leider. Karl E. in W. Das Statut des Verbandes sieht darin keinen Sündengrund. Wir können die Frage auch nicht generell entscheiden, weil diese Fälle doch sehr verschieden liegen können.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zählstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Ludwig Müller, geb. am 11. August 1887, zuletzt in Götting, wird um Angabe seiner Aufenthaltsorts ersucht. Kollegen, die davon wissen, wollen, es bitte, an **Franklin M. Schinkitz, Blauen t. Vogt, Hofbrunnstr. 1, mitteilen.** [M. 1.50]

Ignatz Markoski wird um Angabe seiner Adresse ersucht. Mitteilungen an **Robert Turkowski** [M. 1.20] in Villa (Bez. Posen), Mittelgasse 26, 2. Et.

Gustav Brausewetter wird um Angabe seiner Adresse ersucht von **Karl Koslowski, Hamburg 30, Aurichmannstr. 15.**

Hamburg.

(Sektion der Zementierer und Kunstseidenarbeiter.)

Sonntag, den 27. März, abends 9 Uhr:

* Stiftungsfest *

im Gewerkschaftshaus [M. 3.90]

bestehend aus Vorträgen und Ball.

— Karte à Person 20 Pf. —

Hierzu ladet ein Die Sektionsverwaltung.

Adressen-Veränderungen.

(V bedeutet Vorstands, K Kassierer, L Zählstellen, H Beisitzer, RZ Revisionsrechnung wird ausgeführt bei.)

Burg b. Magdeburg. K O. Wille, Schulstr. 1.

Derne-Riedinghausen. Das Zweigvereinsbureau befindet sich vom 1. April an in Herne, Scharrodtstr. 1. Alle Zuschriften sind an H. Wendler zu richten. Adressen der Zählstellen Kassierer: Castrop: Emil Gutsch, Bahnhofstr. 70. Datteln: Karl Wengeler, Wiedinghofen b. D. Nr. 41. Gellert: Jakob Osterwald, Baverstr. 30. Gerien: Paul Kline, Wismarstr. 8. Hülse-Sinsen: Albert Regehwisch, Wilhelmstr. 2. Kugel-Sabinghorst: Gottlieb Jozzo, Sabinghorst, Nordstr. 45. Reddinghausen: Carl Lauganke, Herterstr. 27. R. S. S. b. Mag. Elter, Dohmerstr. 108. Söbingen: Otto Haufe, Wilhelmstr. 12a.

Stiffa. K Robert Turkowski, Mittelgasse 26, 2. Et.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beilei folgt S. 4.)

Augsburg. Am 19. März wurde unser Kollege **Ludwig Wirth** von Kriegshaber im Alter von 47 Jahren tot im Bette aufgefunden.

Barmen-Elsfeld. Am 12. März starb unser Kollege **H. Stahl** in Elfeld im Alter von 55 Jahren an Herzschlag. — Am 16. März starb unser Kollege **Heinrich Becker** in Barmen im Alter von 39 Jahren an der Prostatierkrankheit.

Berlin. Am 15. März starb unser Mitglied **Franz Dauer** im Alter von 59 Jahren an Herzschlag. — Am 14. März starb unser Mitglied **Otto Stube** im Alter von 22 Jahren an Kehlkopfentzündung. (Sektion der Püger.) Am 14. März starb unser Mitglied **Herrn. Rauh** im Alter von 48 Jahren an Lungenarterien.

Bremen. Am 15. März starb unser Verbandskollege **H. Hartjen** im 62. Lebensjahre an Lungenentzündung.

Cöln. Am 16. März starb das Mitglied **Franz Mendra** im Alter von 46 Jahren an Nippenfellentzündung.

Darmstadt. Bittelborn. Am 11. März starb der Verbandskollege **Ludwig Nothnagel II** im Alter von 23 Jahren an Lungenentzündung. — Am 15. März starb der Verbandskollege **Adam Schnurmeyer** im Alter von 58 Jahren an Krebsleiden.

Dortmund. Am 17. März starb unser Verbandskollege **Fr. Völler** am Elbing im Alter von 30 Jahren an Blinddarmentzündung.

Dresden. Am 13. März starb unser Mitglied **Karl Gustav Biehnorn** aus Gommern im Alter von 57 Jahren an Lungenentzündung.

Frankfurt a. M. Langenfeld. Am 19. März starb unser treuer Kollege **Heinrich Mohn** im Alter von 24 Jahren an Lungenentzündung.

Graben. Lautenburg. Am 11. März starb unser Kollege **Karl Knuth** an Lungenentzündung.

Hannover. Am 2. März starb nach eineinhalbjähriger Krankheit unser Kollege **Georg Schröder** in Leagen im Alter von 37 Jahren.

München. Obergiesing. Am 16. März starb unser Kollege **Josef Nussbaumer** im Alter von 49 Jahren an Gehirnverwundung.

Münster-Bielefeld. Am 10. März starb unser Kollege **Johann Braun** im Alter von 59 Jahren an Bluthochdruck.

Potsdam. Am 16. März starb unser treuer Verbandskollege **August Gabel** im 63. Lebensjahre an Lungenentzündung.

(Eure ihrem Andenken!)

Veranlassungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Veranlassungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 28. März.

Gau Berlin. Im Gau finden folgende Veranlassungen mit der Tagesordnung: Die gegenwärtige Situation im Baugewerbe und welche Aufgaben haben wir zu erfüllen? Zeit.

Birkenwerder. nachm. 4 Uhr im „Verbandslokal“.

Ermer. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Fried. Berlinerstraße.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.

Reichenhagen. nachm. 3 Uhr bei Begegnung.